Frau en. pro.

grammatisches

FRAUEN
KPO

Einleitung

Auch die nun vorliegende überarbeitete dritte Fassung eines frauenpolitischen programmatischen Dokuments der KPÖ kann nur den momentanen subjektiven Wissensstand all jener erfassen, die daran mitgearbeitet haben. Und auch wenn es unsere Ziel- und Leitvorstellungen zusammenführt, haben wir uns entschieden, es nicht Frauenprogramm zu nennen, weil wir den Text nicht als abgeschlossen, sondern als Anregung für weitere Reflexionen und Diskussionen betrachten. Er ist ein Beitrag der KPÖ-Frauen, um der nach wie vor vorhandenen Geschichts-, Theorie- und Politiklosigkeit entgegenzuwirken, indem wir sowohl die Lebensbedingungen von Frauen als auch Frauen als handelnde Subjekte im 21. Jahrhundert in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns rücken.

Die Geschichte des Frauenprogramms ist nicht zu trennen von der Geschichte einer grundlegenden Erneuerung der KPÖ. Der Zusammenbruch des „Realsozialismus" 1989/1990 bedeutete für die KPÖ den Verlust eines jahrzehntelang geltenden Bezugspunktes. Eingebettet in die Tradition und das Selbstverständnis des sowjetisch geprägten Sozialismusverständnisses teilte und verteidigte die KPÖ aus falsch verstandener Solidarität viele Entwicklungen und Ereignisse, die aus heutiger Sicht wesentliche Ursachen für das Scheitern des „Realsozialismus" waren. Dennoch entschied sich die Mehrheit der KPÖ weder für Auflösung noch Umbenennung ihrer Partei, sondern für den mühsameren Weg der Kontinuität und Erneuerung, um eine kommunistische Partei zu schaffen, in der die Werte der Demokratie, des Feminismus und der Emanzipation eines kritischen Marxismus aufgehoben werden und in der Überzeugung, dass es eine linke Alternative geben muss, der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Die schonungslose Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen war dabei ebenso bedeutsam wie der Kampf um konkrete Veränderung und Überwindung verinnerlichter Haltungen und Verhaltensweisen. Die Enteignung der KPÖ durch die deutsche Treuhand beschleunigte den Prozess, indem sie die KPÖ zur AktivistInnenpartei machte. Denn wo es keine bezahlten Funktionen mehr gibt, bleibt nur die Überzeugung, dass eine andere Welt möglich ist als Motivation des Denkens und Handelns – und darin üben sich KommunistInnen tagtäglich.

Als die KPÖ im Juni 1990 auf einer frauenpolitischen Konferenz als erste Partei ein Frauenprogramm beschloss, konnte sie auf die Erfahrungen eines jahrzehntelangen Engagements von Genossinnen für Frauenrechte und bereits vorhandene Resolutionen sowie aktionspolitische Orientierungen aufbauen. In vielen Fragen aber waren es die feministischen Theorien, Diskussionen und Praxen seit den 70er Jahren, die uns in die Lage versetzten, „Geschlecht" ebenso wie „Klasse" als soziale Strukturkategorie zu begreifen, die soziale Ungleichheiten und Machtverhältnisse, Privilegien und Diskriminierungen in allen gesellschaftlichen Dimensionen beschreibt und, wenngleich mit der Klassenstruktur vielfältig verwoben, gegenüber dieser Eigenständigkeit besitzt. Wir kamen zum Schluss, dass so wie die antikapitalistische auch die antipatriarchale und die antirassistische Orientierung in einer gemeinsamen Strategie aufgehoben werden müssen. Die Aufkündigung des historischen Geschlechterkompromisses, „Schulter an Schulter" mit den Genossen Kämpfe zu führen, in denen Geschlechterverhältnisse unbesprochen und unberührt bleiben, ist eine Voraussetzung für grundlegende Veränderungen. Ohne den politischen Kampf gegen Männerprivilegien kann sich die

weibliche Subjektwerdung nicht entfalten. Der Geschlechterkampf braucht weiblichen Raum, weibliche Identität, Eigenständigkeit, Parteilichkeit und Autonomie.

Um ein kleines Stück der Vielfalt von Frauengeschichte sichtbar zu machen, haben wir auf den kommenden Seiten Biografien von Frauen zusammengetragen, die zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen politischen, sozialen und geografischen Zusammenhängen lebten, denen aber die Erkenntnis gemeinsam ist, dass wir politische Subjekte werden müssen, wenn wir Veränderung wollen. Eine Frau möchten wir prominent an dieser Stelle würdigen, die Ehrenvorsitzende der KPÖ und des Bundes Demokratischer Frauen Österreichs, Irma Schwager, die bis heute an unserer Seite kämpft und deren heute 94-jähriges Leben durch ein unermüdliches und mutiges Engagement für eine gerechtere Welt, für Frauenrechte, gegen Krieg und Faschismus gekennzeichnet ist.

1938 floh sie vor den marschierenden Nazitruppen und den ihnen zujubelnden Menschen nach Belgien, dann weiter nach Frankreich, wo sie zuerst in einem Internierungslager festgehalten wurde. Erst nach mehreren Fluchtversuchen konnte sie nach Paris geschleust werden und erhielt die Aufgabe, deutsche Soldaten durch Gespräche und Agitationsmaterial von der Sinn- und Ausweglosigkeit des Krieges zu überzeugen. Eine Aufgabe, die mit Folter und Tod hätte enden können und für nicht wenige junge Frauen auch so geendet hat.

1945 kehrte sie nach Wien zurück und musste in den darauffolgenden Jahren erleben, wie einerseits Nazis und Antisemiten in führenden Positionen verblieben und andererseits der Antikommunismus geschürt wurde. Letzteres ist sicher ein Grund, warum sie erst 2014 in hohem Alter mit dem Preis für Zivilcourage des österreichischen Frauenringes eine öffentliche Ehrung erfuhr.

Irma Schwager hat jahrzehntelang in leitenden Gremien der KPÖ die Partei mitgeprägt und für Frauenpolitik und weibliche Lebenszusammenhänge sensibilisiert. Sie war an der Erarbeitung und Diskussion des ersten Frauenprogramms intensiv beteiligt. Als verantwortliche Sekretärin im Bund Demokratischer Frauen und ab 1972 als dessen Vorsitzende leistete sie Entscheidendes im Kampf um Frauenrechte, zum Beispiel für die Reform des Ehe- und Familienrechts und die Fristenregelung.

Besondere Bedeutung hat für sie bis heute der Internationale Frauentag, zu dem jedes Jahr in Wien und oft auch in anderen Städten in Österreich zu Demonstrationen aufgerufen wird. Anfang der 80er Jahre gelang es erstmals gemeinsam mit vielen anderen Organisationen, eine breite Plattform für diese Demonstrationen zu bilden, auch daran war Irma Schwager maßgeblich beteiligt.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei Irma Schwager – stellvertretend für alle unsere Vorkämpferinnen – aufrichtig bedanken.

Heidi Ambrosch, Frauensprecherin der KPÖ

1. Frauen in aller Welt

Frauen leisten zwei Drittel der Arbeit, produzieren die Hälfte der Lebensmittel, verfügen aber nur über zehn Prozent des weltweiten Einkommens und ein Prozent des Vermögens. Fast zwei Drittel der Armen auf der Welt sind Frauen, und Frauen sind überdurchschnittlich oft erwerbsarbeitslos. Diese nüchternen Angaben der UNO verdeutlichen ökonomische und patriarchale Machtverhältnisse als globales Problem.

Bereits vorhandene Ansätze, patriarchale Vormacht zurückzudrängen, fallen zunehmend dem im Zeichen von Neoliberalismus und internationaler Konkurrenz betriebenen Gesellschaftsumbau und der entsprechenden Wirtschaftspolitik zum Opfer.
Die Folgen dieses Wandels und dadurch ausgelöster Verunsicherungen bei vielen Menschen zeigen sich unter anderem im Erstarken nationalistischer, religiös-fundamentalistischer Bewegungen, biologistischer oder antifeministischer Ideologien, antiislamischer Hetze und in der Zunahme neofaschistischer, rechtsradikaler, antiziganistischer und antisemitischer Tendenzen.

Frauen kämpfen gegen patriarchale Strukturen, Sexismus, Rassismus und anhaltenden Kolonialismus

Die Welt von heute ist in dreierlei Hinsicht durch Ausbeutung und Herrschaft gespalten: durch das Patriarchat, den Kapitalismus und den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kolonialismus, das heißt durch Plünderung der natürlichen Ressourcen und die Ausbeutung der Menschen des globalen Südens durch die Zentren des kapitalistischen Reichtums und der militärischen Macht im Norden.

Kapitalismus besteht in der Verwandlung der Mehrheit der Bevölkerung in Arbeitskräfte, in Waren, die auf einem Markt, dem Arbeitsmarkt, gehandelt werden. Doch zwischen VerkäuferInnen und KäuferInnen der Ware Arbeitskraft Mensch besteht keine Chancengleichheit. Die einen verkaufen ihre Arbeitskraft, um zu leben. Und die anderen kaufen sie, um sie in der Produktion anzuwenden und aus dem Absatz des Produzierten mehr Wert zu erlösen, als sie für den Kauf der Arbeitskräfte eingesetzt haben. Die einen arbeiten, um zu leben; die anderen lassen arbeiten, um mit Profit zu verkaufen! Kapitalismus ist also diejenige Gesellschaftsform, in der Besitz von Kapital Wenigen die Macht einräumt, Profit aus der Aneignung fremder Arbeit zu ziehen: sei es der in Betrieben und Dienststellen erbrachten oder im Rahmen prekärer Werkverträge oder scheinselbständiger Tätigkeit geleisteten oder aber der von Frauen vornehmlich unentgeltlich erbrachten Arbeit zur Bereitstellung und Aufrechterhaltung der Arbeitskraft, der „Reproduktionsarbeit".

Seit 300 Jahren beherrscht dieses Prinzip die Welt. In dieser historisch kurzen Periode wurde die Erde im Guten wie im Schlechten verändert. Großem technologischem Fortschritt steht große Zerstörung durch Kriege und Umweltschäden gegenüber; zivilisatorische Errungenschaften werden durch Entfremdung und Entmenschlichung der Beziehungen entwertet. Die jüngste große, 2008 einsetzende Weltwirtschaftskrise zeigt ebenso wie das Elend im globalen Süden und die drohende Ökokatastrophe, dass menschlicher Fortschritt die Überwindung des kapitalistischen Prinzips der Gesellschaften verlangt.

Den kolonialen, patriarchalen Strukturen und

Fasia Jansen

geboren am 6. Juni 1929 in Hamburg, Deutschland
gestorben am 29. Dezember 1997 in Oberhausen, Deutschland
Als uneheliches Kind einer Arbeiterin und eines liberianischen Diplomaten in einem Hamburger Arbeiterviertel geboren, erlebte Fasia Jansen demütigende Ausgrenzungen wegen ihrer Hautfarbe. Mit 16 Jahren wurde sie zur Arbeit im KZ Neuengamme zwangsverpflichtet.
Diese Erlebnisse waren prägend für ihr politisches Engagement in der Friedensbewegung, im gewerkschaftlichen Kampf der BRD und in der internationalen Frauenbewegung.
Ihr Medium war die Musik, das politische Lied. Angebote der kommerziellen Musikszene schlug sie ebenso aus wie die Einladung, als Mitglied in einer der oberen Familien in Liberia zu leben. Fasia Jansen war Teil von großen und kleinen politischen Manifestationen und wurde von ihren MitstreiterInnen als Künstlerin und als engagierte politische Aktivistin geschätzt.

Traditionen ausgeliefert zu sein, heißt für viele Frauen und Mädchen, mit Gewalt in unterschiedlichen Formen konfrontiert zu werden. Frauen und Mädchen können sich in vielen Teilen der Welt nicht nach ihren Vorstellungen und Potenzialen entwickeln und ein Leben in Würde und Unversehrtheit leben – sie werden durch wirtschaftliche, politische und soziale Strukturen eingeschränkt.

Auch die Porno-Industrie schöpft Gewinne aus der Armut von Frauen und Kindern. Renommierte Konzerne vor allem der Pharma-, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie nutzen die Abhängigkeit und patriarchale Strukturen für ihre Profite: Frauen werden für Massenexperimente (z.B. Empfängnisverhütung) missbraucht oder durch Programme zur Geburtenkontrolle zur Sterilisation gezwungen. Ebenso werden neue Reproduktionstechnologien als Werkzeug der Frauenverachtung eingesetzt: Zwangsabtreibung weiblicher Föten, Geschäfte mit der Leihmutterschaft, Fortpflanzungs-Experimente mit dem „Rohstoff Frau". Ins Extrem getrieben, werden Kinder als „Rohstofflager" für Organtransplantationen verstümmelt.

Weite Teile von Ländern wie Thailand oder die Philippinen wurden für einen internationalen Prostitutionstourismus von Männern aus den Industrienationen zu Bordellen degradiert. Ein umfangreicher Menschenhandel mit Frauen und Mädchen aus Entwicklungsländern und Osteuropa schafft ständigen „Nachschub" für Zuhälterkartelle und Mafia in den kapitalistischen Metropolen. Für viele Frauen ist der Verkauf ihres Körpers einzige Überlebensmöglichkeit nicht nur in den Ländern des globalen Südens, sondern zunehmend auch in den neuen EU-Ländern und in Österreich. Die Aufmerksamkeit darf sich nicht auf restriktive Verbote richten, die in die Illegalität führen, sondern sie muss abgesicherte Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiterinnen im Blick haben. Die Frauenbewegung hat dieses Problemfeld erkannt und diskutiert Lösungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Ansätzen.

In allen Ländern der Welt gibt es Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Frauen wollen selbst entscheiden, ob und wie viele Kinder sie bekommen; sie verlangen den Zugang zu Verhütungsmitteln und die Möglichkeit, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, sie fordern ein Ende der Genitalverstümmelung und protestieren gegen unfreiwillige Sterilisation (Women's Global Network for Reproductive Rights).

Frauenbewegungen des Südens kämpfen für Arbeitsrechte, sei es im formellen oder im informellen Wirtschaftssektor. Organisationen aus Bangladesch, China oder Kambodscha kooperieren mit Organisationen und Kampagnen im Norden, wie z. B. der Clean Clothes Kampagne, und fordern existenzsichernde Löhne und die Freiheit, sich zu organisieren. Migrantinnen, die in privaten Haushalten arbeiten, kämpfen im International Domestic Workers Network für ihre Rechte als Haushaltsarbeiterinnen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Internationale Netzwerke wie DAWN verlangen soziale und ökonomische Gerechtigkeit; die indische Organisation SEWA organisiert als Gewerkschaft hunderttausende Arbeiterinnen. La Strada International ist eine der internationalen Organisationen, die gegen Menschenhandel vor allem in Osteuropa kämpfen. Tampep (European Network for

Milena Jesenská

geboren am 10. August 1896 in Prag, Tschechoslowakei
gestorben am 17. Mai 1944 im KZ Ravensbrück

Milena Jesenská wirkte als Journalistin, Schriftstellerin und Übersetzerin. Sie trat 1931 der KSC', der Tschechischen Kommunistischen Partei, bei. Wegen einer kritischen Äußerung über den Stalinismus wurde sie 1936 aus der Partei ausgeschlossen. 1939 schloss sie sich dem antifaschistischen Widerstand an, nahm illegale Arbeit bei der Zeitschrift V boj (In den Kampf) an und organisierte die Flucht von Juden nach Polen. Sie wurde im November 1939 verhaftet und ins Dresdener Untersuchungsgefängnis gebracht. Es folgte ein Prozess in Dresden, der zwar mit einem Freispruch endete. Dennoch kam sie ins KZ Ravensbrück, das sie nicht überlebte. Milena Jesenská war eng mit Franz Kafka befreundet, vor allem als Empfängerin seiner „Briefe an Milena" ist sie international bekannt geworden.

HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex Workers) fordert bessere Bedingungen für SexarbeiterInnen.

Globale Entwicklungen

Im 21. Jahrhundert ist ein tiefgreifender Wandel der globalen kapitalistischen Dynamik zu verzeichnen, der durch die neuen Mächte unter den Entwicklungsländern herbeigeführt wird. So hat China Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt überholt. Laut der Zukunftsprognosen des 2013 erschienenen UNO-Berichtes über die menschliche Entwicklung wird 2020 die Wirtschaftsleistung von den drei führenden Entwicklungsländern – Brasilien, China und Indien – die Gesamtproduktion von Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien und den USA übersteigen. Aber Wirtschaftswachstum lässt sich nicht automatisch als Fortschritt der menschlichen Entwicklung interpretieren. Ein Blick in die Welt zeigt, dass Zuwächse beim Human Development Index auch einhergehen mit größerer Einkommensungleichheit, nicht nachhaltigem Konsum und hohen Militärausgaben. Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen in den armen Ländern wird durch wachsende Ungleichheit und durch die anhaltende Ernährungskrise geschürt. Die dramatische Klimaentwicklung erfordert ein Umdenken über Wachstum vor allem in den bereits entwickelten Industrienationen, da die globalen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung immer komplexer werden und grenzüberschreitend sind.

Wesentliches Merkmal der neoliberalen Globalisierung ist der Abbau von Regelungen aller Art zugunsten der Akkumulations- und Wachstumstendenzen von Kapital und Wirtschaft. Durch die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde der Prozess der zunehmenden Abkoppelung des Finanzkapitals von den Realwirtschaften beschleunigt. Die Finanzmärkte wurden Motor und Zentrum des globalen, unregulierten Kapitalismus.

Internationale wie europäische Finanz- und Währungsinstitutionen und staatliche Regulierung dienen den Interessen einiger weniger Finanz- und Industriegiganten. Die finanziellen Transaktionen und Spekulationen dehnten sich in gewaltigen Dimensionen und in rasantem Tempo aus, erzeugten immer größere Spekulationsblasen, deren Platzen zu weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen führte.

Die Finanzmärkte sind ein Reservat patriarchaler Verhältnisse. Prinzipiell ist die Partizipation von Frauen dort, wo die Einkommen überdurchschnittlich hoch sind, nach wie vor gering. Frauen werden im Finanzsektor vor allem als Teilzeitbeschäftigte und Niedrigentlohnte im Kundendienst von Banken und Versicherungen einbezogen. Die Chefinnen der US-amerikanischen Notenbank und des IWF sind die Ausnahme, die zu keiner generellen Veränderung führen wird.

Weltbank und Weltwirtschaftsforum haben die neuen weiblichen Akteurinnen auch auf andere Weise wahrgenommen und folgern, dass kein Land, das auf dem Weltmarkt konkurrieren will, es sich leisten kann, das „Human- und Sozialkapital" seiner Frauen zu vernachlässigen und ungenutzt zu lassen. So wurden auch frauenspezifische Finanzmarktinstrumente erfunden wie Mikrokredite für „arme" Frauen zunächst in den

Rosa Luxemburg

geboren am 5. März 1871 in Zamość, Polen
gestorben am 15. Januar 1919 in Berlin, Deutschland

Rosa Luxemburg, eine bedeutende Frau der europäischen Arbeiterbewegung. Ab 1887 wirkte sie in der polnischen und ab 1898 auch in der deutschen Sozialdemokratie und bekämpfte von Beginn an Nationalismus, Opportunismus und Revisionismus. Als Publizistin und Lehrerin trug sie zur Entwicklung der Marxistischen Theorie bei. Wegen ihres politischen antimilitaristischen Engagements kam sie immer wieder ins Gefängnis, wo sie ihre publizistische Arbeit fortsetzte. Sie vertrat konsequent eine internationalistische Position, war federführend bei der Erarbeitung des Programms der KPD und gehörte zu deren GründerInnen. In Folge der Niederschlagung der Novemberrevolution in Deutschland durch die kaiserlichen Truppen wurde Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet, misshandelt, ermordet und ihre Leiche im Berliner Landwehrkanal versenkt.

Ländern des globalen Südens, inzwischen auch im Norden. Dazu zählen z.B. auch die Subprime-Hypothekenkredite für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen in den USA, die sehr häufig von Frauen in Anspruch genommen und zur Schuldenfalle wurden, als die Blase der verbrieften Hypothekenkredite platzte.

Die Nord- und Südperspektive von Krisenrealitäten

Als unmittelbar von der Krise Betroffene standen zunächst die KreditnehmerInnen, AnlegerInnen und FondseignerInnen der insolventen Banken als „VerliererInnen" im öffentlichen Interesse, später aber auch entlassene Arbeitskräfte aus diesen Branchen.

Vor allem die Exportsektoren litten unter sinkenden Investitionen und sinkender Nachfrage. Im Norden traf das die männlich dominierten Schlüsselindustrien wie die Automobilproduktion, Maschinenbau und Stahlindustrie, aber auch Banken und die IT-Branche; im Süden die arbeitsintensiven frauendominierten Verarbeitungsindustrien wie Textil- und Elektronikherstellung. In den USA waren 80 % der Entlassenen Männer, in Kambodscha waren es zu 90 % Frauen.

Privatisierung von Lasten durch Sozialabbau und das Abwälzen von Kosten auf die Bevölkerungen zieht zusätzliche Versorgungsarbeiten in den Haushalts- und Gemeindeökonomien nach sich. Sie werden jedoch in keiner Statistik sichtbar, weil überwiegend Frauen sie unbezahlt, ehrenamtlich und auf Selbsthilfebasis leisten. Für Frauen im Süden verschärft die globale Krise ihre permanente Überlebensnot. Ernährungsengpässe, Umweltschäden, Krankheiten und das Schrumpfen des öffentlichen Sektors verlangen ihnen immer neue Überlebenskünste ab.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen, Bankenrettungsschirme und Wirtschaftsförderungspakete der Regierungen dienten in erster Linie der Reparatur des von Industrie- und Finanzkapital dominierten Systems, das auf dem Modell vom „Ernährermann" basiert. Nach dem Kriterium der Systemrelevanz – „Too big to fail" („Zu groß, um zu scheitern") – stellen die Regierungen Milliarden an Steuergeldern für insolvente Banken und Überproduktionsindustrien bereit. Im Namen der Stabilisierung betreiben sie damit in einem immensen Ausmaß Umverteilung von unten nach oben, während gleichzeitig Verluste und Risiken von oben nach unten verschoben und sozialisiert werden.

Diese Orientierung zeigte sich am Beispiel der Abwrackprämie in Deutschland, während die weiblich dominierten Branchen der sozialen Infrastruktur nicht gefördert, sondern unter dem Druck angeblich leerer öffentlicher Kassen ausgehungert werden.

Damit ignoriert die Politik die Krise der sozialen Reproduktion. Statt sozialpolitische Ziele von Anfang an in die Konjunkturpakete einzubauen und soziale Dienstleistungen als Zukunftsbranchen zu entwickeln, werden sozialstaatliche Strukturen abgebaut und zerstört. Die Krise wird als Antrieb des neoliberalen Umbaus genutzt: mehr Deregulierung durch Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, weitere Liberalisierung durch neue Freihandelsverträge und mehr Privatisierung durch

Rosa Parks

geboren am 4. Februar 1913 in Tuskegee, Alabama, USA
gestorben am 24. Oktober 2005 in Detroit, USA

Die Afroamerikanerin Rosa Louise Parks wurde am 1. Dezember 1955 in Montgomery, Alabama, verhaftet, weil sie sich weigerte, ihren Sitzplatz im Bus für einen weißen Fahrgast zu räumen. Der Busfahrer James Blake rief daraufhin die Polizei. Die Festnahme der Rosa Parks erregte im ganzen Land viel Aufsehen und bewegte zunächst die schwarzen BewohnerInnen der Stadt, später schwarze BürgerInnen im ganzen Land zu friedlichen Protesten gegen die Politik der Rassentrennung. Dies war die Auslöseaktion für die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA und den „Montgomery Bus Boycott", der später zur Aufhebung der Rassentrennung in Bussen und Zügen führte. Rosa Parks war Schneiderin und arbeitete neben ihrem Beruf für die National Association for the Advancement of Coloured People.

Auslagerung, um den öffentlichen Sektor zu reduzieren und auf Sparkurs zu bringen. Die Krise demontiert dabei das traditionelle Modell des männlichen Ernährers auf dem Markt der Erwerbsarbeit, da sie den „Familienlohn" als Existenzsicherung aller Familienmitglieder de facto abschafft. Erwerbsarbeit durch Frauen erlangt mehr Bedeutung und nimmt weiter zu, wobei strukturelle Diskriminierungen und Ungleichheiten bestehen bleiben.

Um auf die in der Entlohnung bestehende Kluft zwischen Männern und Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt aufmerksam zu machen, setzt der „Equal Pay Day", der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, ein Zeichen. Er ist in Österreich 2013 für den 8. Oktober berechnet worden. Demnach leisten Frauen hier 85 Tage Gratis-Erwerbsarbeit im Jahr.

Frauen zwischen Ausbeutung und Empowerment

Frauen sind auf den Märkten immer noch die „anderen", minderbewerteten und deshalb minderbezahlten Akteurinnen. Nach neoliberaler Diktion würden ihnen aber als freie und gleiche Subjekte gleiche Chancen zum individuellen Aufstieg durch Leistung offenstehen. Feministische Zielorientierungen wie wirtschaftliche Unabhängigkeit, gleiche Karrierechancen und individuelle Autonomie scheinen sich damit zunächst mit den zentralen Prinzipien der neoliberalen globalen Märkte wie Eigenverantwortung, Selbstständigkeit und Selbst-UnternehmerInnentum zu treffen. Da diese „UnternehmerInnen ihrer selbst" aber sehr ungleich mit Kapital, Ressourcen und Potentialen ausgestattet sind, haben sie meist keinen Einfluss darauf, wie sie als Ressource genutzt und in die kapitalistische Verwertung auf den globalen Märkten einbezogen werden.

„Ökonomisches Empowerment" durch Lohnarbeit, Mikrokredite und andere Marktinstrumente, das mit der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung einhergeht, gibt Frauen keine Macht, ökonomische und soziale Verhältnisse anders zu gestalten, sondern baut sie ein und steigert sowohl die Konkurrenz als auch die Effizienz auf den Märkten. Auf der anderen Seite ist die Beteiligung an Erwerbsarbeit für Frauen und das damit erzielte Einkommen selbst dann ein emanzipatorischer Schritt heraus aus der Abhängigkeit vom „Ernährermann", wenn sie für eine selbstständige Existenzsicherung nicht ausreicht.

Weltweit steigt der Frauenanteil an den Beschäftigten weiter an, ihr Anteil am gesamten Erwerbsarbeitsvolumen stagniert aber seit den 90er Jahren. Die Zahl der berufstätigen Frauen nimmt also zu, während Vollzeitstellen stark sinken.

Das Projekt Europa

Das Projekt eines gemeinsamen Europa ist in einer allgemeinen gesellschaftlichen, politischen und moralischen Krise. Der europäische Integrationsprozess war zu keiner Zeit seit 1945 gesichert. War die Entwicklung der Gesellschaften – im Ergebnis des 2. Weltkriegs – nach zwei völlig verschiedenen Systemen hin ausgerichtet, steht sie jetzt unter der Hegemonie des Kapitalismus. Trotz des offensichtlichen und weiter forcierten Machtzuwachses der EU werden die schweren sozialen, humanitären und ökologischen Defizite dieser Integration immer deut-

Dolores Ibárruri

geboren am 9. Dezember 1895 im Dorf Gallart im spanischen Baskenland
gestorben am 12. November 1989 in Madrid, Spanien

Dolores Ibárruri Gómez, genannt La Pasionaria (ihr Pseudonym, als sie in den 1920er Jahren Artikel in der Bergarbeiterzeitung ihrer Region schrieb), war eine bekannte Revolutionärin und Politikerin der internationalen Arbeiterbewegung. Sie war Abgeordnete der Kommunistischen Partei im spanischen Parlament, wo sie sich besonders für die Erweiterung der Frauenrechte einsetzte. Im spanischen Bürgerkrieg war sie eine wichtige Unterstützerin und Werberin für die Republikanische Sache. Sie prägte den Satz: „Lieber stehend sterben als kniend leben." Nach der Machtübernahme durch Franco ging sie ins Exil in die Sowjetunion. Nach dem Ende der Diktatur kehrte sie nach Spanien zurück und blieb bis zu ihrem Tode mit 93 Jahren politisch aktiv.

licher. Das Grundproblem ist, dass die durch die EU-Verträge liberalisierten Märkte und insbesondere die europäischen Finanzmärkte keiner demokratischen Kontrolle unterliegen.

Die 2008 ausgelöste Krise hat die Grundlagen der europäischen Integration zutiefst erschüttert und stellt die Sozialsysteme bzw. den Sozialstaat fundamental in Frage. Dabei setzt die europäische Oligarchie zunehmend autoritäre Methoden ein, um das neoliberale Regime zu erhalten, ungeachtet breiten Protestes und Widerstands in vielen Ländern der EU. Demokratie und Frieden sind in Gefahr. Die religiös, rassistisch, homophob, sexistisch und nationalistisch motivierte Diskriminierung nimmt zu, obwohl Antidiskriminierungsgesetze dem entgegen wirken sollen. Das gemeinsame Haus Europa entwickelt sich für einen Großteil der Bevölkerung zu einem Armenhaus: Fast jeder und jede vierte EinwohnerIn der Europäischen Union – 115 Millionen Menschen – waren 2010 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Insbesondere Alleinerziehende, MigrantInnen und Jugendliche sind stark betroffen. Das Anwachsen von Armut und sozialer Ausgrenzung ist nicht einfach ein Ergebnis der wirtschaftlichen Krise, sondern die Folge einer gezielten Politik der nationalen Regierungen der Mitgliedsländer und der Institutionen der Europäischen Union. Trotz der alarmierenden Zahlen fahren diese fort, Sozialausgaben zu streichen, das Pensionsalter hinaufzusetzen, öffentliche Arbeitsplätze abzubauen und den Niedriglohnsektor auszuweiten – alles Maßnahmen, die die Armut ausdehnen und vertiefen.
Die europäischen Märkte müssen demokratischer Regulierung und Kontrolle unterworfen werden, dies ist nur auf europäischer Ebene möglich. Um den zerstörerischen Wettbewerb zu unterbinden, in den der Neoliberalismus die europäischen Gesellschaften hetzt, ist erforderlich, auf EU-Ebene soziale und ökologische Mindeststandards und Gewinnsteuern durchzusetzen. Notwendig ist eine Kapitaltransaktionssteuer (Tobin-Tax). Die Europäische Zentralbank, das Herzstück des europäischen Finanzsystems, muss zu einem Instrument bei der Finanzierung der öffentlichen Dienste und des ökologischen Umbaus werden. Dazu muss die EZB demokratisch kontrolliert werden. Ziel der Wirtschaftspolitik muss ein armutsfestes Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem sein, eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und Beschäftigungsverhältnisse, die allen zugänglich und durch hohe Mindeststandards und starke Rechte der Beschäftigten reguliert sind. Diese Kämpfe sind sowohl in den einzelnen EU-Ländern als auch auf der europäischen Ebene zu führen. Deshalb ist für uns die Zusammenarbeit mit anderen Linken in Europa von großer Bedeutung. Die KPÖ ist Mitglied der Europäischen Linkspartei und aktiv in ihrem feministischen Netzwerk.

Militarisierung der Gesellschaften

Militarisierung und Ausbau der Überwachung begleiten den neoliberalen Umbau der Gesellschaften. Mit den Anschlägen am 11. September 2001 im Herzen von New York, durch die 2.753 Menschen getötet wurden, begann mit dem Titel „Krieg gegen den Terror" ein ungeheurer Schub an weltweiten Kriegseinsätzen, Rüstungsentwicklungen und neuen Überwachungsmethoden. Dabei werden immer mehr militärische Produkte unter dem Aspekt der „Sicherheit" eingesetzt. Der hohe Grad an privater elektronischer

Frida Kahlo

geboren am 6. Juli 1907 in Coyoacán, Mexiko
gestorben am 13. Juli 1954 in Coyoacán, Mexiko

Die mexikanische Malerin Frida Kahlo de Rivera war eine der bedeutendsten Personen der Kunstgeschichte und Vertreterin einer volkstümlichen Entfaltung des Surrealismus, wobei ihr Werk bisweilen Elemente der Neuen Sachlichkeit zeigt.
Ihr Leben war geprägt vom Kampf gegen ihre körperlichen Leiden, nachdem sich bei einem Busunglück eine Stahlstange durch ihr Becken bohrte und sie ihren Alltag immer wieder liegend und in einem Ganzkörpergips oder Stahlkorsett verbringen musste.
Ihre eindringlichen Bilder zeugen von der Auseinandersetzung mit dem Schmerz, ihrer Leidenschaft für das Malen, ihrer Liebe zu dem Maler Diego Rivera, mit dem sie sich in der kommunistischen Partei Mexikos engagierte, und ihrem politischen Einsatz für die ArbeiterInnen Mexikos und die indigene Bevölkerung Lateinamerikas.

Vernetzung, spezielle Überwachungstechniken wie zum Beispiel Drohnen, die Liberalisierung der entsprechenden gesetzlichen Schutzbestimmungen und die schrankenlose Ausweitung geheimdienstlicher Befugnisse unterhöhlen die demokratischen Voraussetzungen der Gesellschaften.

Auch in der EU schreitet die Militarisierung voran. Seit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 wird nicht mehr nur die sogenannte Sicherheitsforschung aus dem EU-Haushalt finanziert, sondern auch direkte Militärausgaben und Rüstungsforschung.

Frauen auf der Flucht

Hier zeigt sich eine völlig falsche Entwicklung in den letzten Jahren. Bedingt durch die Asylpolitik der europäischen Länder gibt es keine legale Möglichkeit zur Einreise in viele Länder der Europäischen Union. Die Möglichkeit eines Asylantrages in den Botschaften wurde vor Jahren abgeschafft. Gerade für Frauen – deren Fluchtgründe vielfältig sind und deren Verfolgung oft geschlechtsbedingte Gründe hat – wird es dadurch noch schwieriger, in ein sicheres Land zu kommen. Hier muss es endlich zu einer gendergerechten Judikatur kommen, die es Frauen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben in einer sicheren Umgebung zu führen.

Des Weiteren müssen die Dubliner Abkommen sofort außer Kraft gesetzt werden.
Der Abschottung der EU-Außengrenzen, die im Schengener Abkommen geregelt ist, werden Menschrechte und einfache humane Werte geopfert. Nicht erst die erschütternden Bilder der ertrunkenen Flüchtlinge aus Afrika in Lampedusa zeigten die Unmenschlichkeit der international herrschenden Ungleichheit und des Einwanderungsregimes der EU.

Die damit verbundene massive Entdemokratisierung wird auch durch die Grenzschutzagentur Frontex verdeutlicht. Diese Institution ist vom EU-Parlament nicht kontrollierbar. Die Entscheidungsmacht liegt allein bei der EU-Kommission und dem EU-Rat, die wiederum aus den nationalen Regierungschefs bestehen, wodurch sich die Interessen der großen Staaten – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – durchsetzen.

Österreichs „Sicherheits"politik

In der 2013 beschlossenen „Sicherheitsstrategie" des Parlaments erklärten SPÖ, ÖVP und FPÖ ihr ausdrückliches Bekenntnis zur Teilnahme an der EU-Militarisierung „in allen ihren Dimensionen". Diesem Papier zufolge soll Österreich als Mitglied der EU die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) aktiv mitgestalten und sich an allen EU-Militärmissionen sowie finanziell an allen strategischen EU-Rüstungsprojekten beteiligen. Der NATO-Beitritt Österreichs wird nun auch von den früheren Verfechtern kaum noch thematisiert: die europäische „Nato-Partnerschaft für den Frieden" und die österreichische Beteiligung an „EU-Battle-Groups" reichen auch den militaristischen Hardlinern aus.

Für Auslandseinsätze werden bereits seit einigen Jahren österreichische Soldatinnen und Soldaten im Rahmen dieser „Battle-Groups" ausgebildet. Diese sollen flexibel und innerhalb kürzester Zeit für Einsätze im Umkreis von 6000 Kilometern rund um Brüssel zur Verfügung stehen. Explizit sollen diese

Clara Zetkin

geboren am 5. Juli 1857 in Königshain-Wiederau, Deutschland
gestorben am 20. Juni 1933 in Archangelskoje bei Moskau, UdSSR
Clara Zetkin, ausgebildete Volksschullehrerin, wirkte als streitbare sozialistische Politikerin, Friedensaktivistin und Frauenrechtlerin.
Mit 21 Jahren wurde sie Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Die Sozialistengesetze in Deutschland trieben sie ins Exil nach Zürich und Paris, wo sie 1889 an der Gründung der Sozialistischen Internationale mitwirkte. Während des 1. Weltkrieges organisierte sie als entschiedene Kriegsgegnerin u.a. 1915 in Bern die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen gegen den Krieg und trat 1919 der KPD bei. Von 1920 bis 1933 war sie KPD-Abgeordnete im Reichstag der Weimarer Republik. Bereits 1910, noch als Sozialdemokratin, hatte sie auf der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen den „Internationalen Frauentag" als gemeinsamen Aktionstag beantragt.

Einheiten auch zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beim Auftreten von Unruhen“ eingesetzt werden. Dies könnten z. B. auch Großdemonstrationen oder Streiks in den europäischen Ländern nach brutalen Sparmaßnahmen und massiven Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen sein. Militärische Interventionen außerhalb Europas sollen dazu dienen, den Zugang zu Ressourcen wie Energie und Rohstoffen aus der ganzen Welt unter den gegebenen ungerechten Weltwirtschaftsbeziehungen durchzusetzen.

Alle Meinungsumfragen seit 25 Jahren und nicht zuletzt die Volksbefragung zu Beginn des Jahres 2013 zeigen den klaren und eindeutigen Wunsch einer breiten Mehrheit der Menschen in Österreich nach Aufrechterhaltung der immerwährenden Neutralität. Diese verpflichtet Österreich, auf die Anwendung militärischer Gewalt bei der Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Interessen zu verzichten. Sie erfordert, bereits in Friedenszeiten alles zu unternehmen, um nicht in kriegerische Auseinandersetzungen einbezogen zu werden.

Die antimilitaristische Haltung der KPÖ hat eine lange Tradition. Schon für die Gründung der selbstständigen kommunistischen Bewegung war ausschlaggebend, dass die Sozialdemokratie am Vorabend des 1. Weltkrieges ihre internationalistische Politik den nationalen Regierungen und ihren Kriegsbestrebungen unterordnete. Nach dem 2. Weltkrieg kämpfte die KPÖ gegen die Re-Militarisierung Österreichs und orientierte auf eine unbewaffnete Neutralität. Sie unterstützte 1972 ein Volksbegehren und 1991 die Bewegungen zur Abschaffung des Österreichischen Bundesheeres unter dem Titel „Öster/Reicher ohne Heer“. Heute vertritt die KPÖ die Forderung, das Bundesheer aufzulösen und Katastrophenschutz und zivile Hilfsdienste auszubauen.

Unsere Orientierungen

Der real existierende Kapitalismus verfügt über kein menschengerechtes Zukunftsprogramm. Er kann sich nicht den neuen Herausforderungen der Menschen- und Naturverträglichkeit anpassen, sondern verlangt von den Menschen, sich an seine Mängel anzupassen und zerstört die natürlichen Grundlagen. Ein Systemwechsel ist notwendig.

Wir sehen die „Solidarische Gesellschaft“ als aktuelle strategische Herausforderung. Sie verlangt die Verwirklichung all jener gesellschaftlichen Voraussetzungen und Garantien, die solidarisches Zusammenleben ermöglichen und erfordern. Die Solidarische Gesellschaft ist kein Traum, der auf ein zukünftiges Paradies verweist, sondern wird aus der Notwendigkeit geboren, ein überlebtes System hier und jetzt zu überwinden.

Internationale Frauensolidarität ist uns ein zentrales Anliegen. Weltweit sind Frauen Aktivistinnen von Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltbewegungen. Sie fordern den schonenden Umgang mit der Natur und soziale Verantwortung beim Einsatz und der Entwicklung neuer Technologien. In Gewerkschaften und in sozialen Bewegungen kämpfen Frauen um eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter und setzen der internationalen Kumpanei der Konzerne ihre Solidarität entgegen. Eine gemeinsame Grundlage der weltweiten Kämpfe um Ge-

Simone de Beauvoir

geboren am 9. Januar 1908 in Paris, Frankreich
gestorben am 14. April 1986 in Paris, Frankreich

Sie studierte in den 1920er Jahren Philologie und Mathematik, dann Philosophie an der Sorbonne in Paris, wo sie dem Philosophen und Schriftsteller Jean Paul Sartre begegnete, der wohl der wichtigste Mensch in ihrem Leben wurde. 1941 gründet sie mit Sartre und anderen die Résistance Gruppe „Socialisme et Liberté“ gegen die deutsche faschistische Besatzungsmacht. 1949 veröffentlichte sie ihr bahnbrechendes Werk „Das andere Geschlecht“, in dem sie den weiblichen Anspruch auf Selbstverwirklichung historisch-sozial begründete. 1974 wurde sie Präsidentin der Liga für Frauenrechte in Frankreich. De Beauvoir hat mit ihren literarischen und publizistischen Veröffentlichungen und ihrem tagespolitischen Engagement wichtige Beiträge zur Frauen- und Friedensbewegung geleistet.

schlechtergerechtigkeit ist die internationale „Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen“ (CEDAW).

„Der Friede bleibt erstes Menschenrecht und ist Voraussetzung für die Emanzipation der Frau, für sozialen Fortschritt und Demokratie“, hielt die UNO-Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi fest. Abrüstung dient der globalen Sicherheit und setzt enorme materielle Mittel frei für die Bekämpfung von Hunger, Umweltzerstörung, Armut, Krankheiten und Analphabetismus. In diesem Sinne setzen wir uns für die Ächtung des Krieges und für weltweite atomare, biologische, chemische und konventionelle Abrüstung ein. Wir wirken für alle Formen und Möglichkeiten, um die internationale Zusammenarbeit im Sinne von Abrüstung und Friedenssicherung zu stärken.

Wir kämpfen gemeinsam mit allen, die sich für eine solidarische Gesellschaft einsetzen, die frei ist von Ausbeutung, Gewalt, Unterdrückung und Erniedrigung. Wir kämpfen für ein soziales Europa, in welchem die Arbeits- und Lebensinteressen der Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir orientieren uns an demokratischen, antifaschistischen Gesellschaftsentwürfen und sind verbunden mit den Frauen der ganzen Welt im Kampf für Emanzipation, eine humanistische Menschheitskultur, Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Unser Engagement richtet sich auf sozial gerechte und ökologisch vertretbare internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die den sofortigen Erlass der Schulden der Entwicklungsländer beinhalten, und wendet sich gegen Freihandelsverträge wie das TTIP, die den großen Konzernen dienen und die von vielen Gewerkschaften bekämpft werden. Entwicklungspolitische Projekte müssen dem Gesichtspunkt der Frauenförderung Rechnung tragen. Das erfordert die Bereitstellung entsprechender Mittel und deren Vergabe unter demokratischer, öffentlicher Kontrolle.

Wir fordern dringend europaweite Maßnahmen, die die Menschen vom Druck der Finanzmärkte und der Austeritätspolitik befreien. Haushalts-, Steuer- und Geldpolitik müssen grundlegend geändert werden, um der Schuldenfalle zu entkommen. Wir verlangen gemeinsam mit vielen Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und linken Parteien in Europa die sofortige Annullierung der EU-„Memoranden“, welche überschuldeten Ländern von der Troika aufgezwungen wurden, sowie die Streichung eines erheblichen Teils der öffentlichen Schulden ohne Verletzung der berechtigten Interessen der KleinanlegerInnen, KleinsparerInnen und RentnerInnen. Die Banken und der gesamte Finanzsektor sowie die kleine Schicht von sehr reichen Menschen in den EU-Ländern müssen ihren Anteil an den Verlusten tragen. Für die Länder Europas, deren Bevölkerungen besonders unter der Schuldenlast leiden, ist zur Reorganisierung der wirtschaftlichen Grundlagen eine Art „Marshall-Plan“ zu entwickeln.

Aus der tragischen Erfahrung zweier Weltkriege hat Österreich 1955 aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität erklärt. Es hat völkerrechtlich verbindlich erklärt, sich keinem Militärbündnis anzuschließen und keine Stützpunkte fremder Streitkräfte auf seinem Territorium zuzulassen. 1995 ist es als neutraler Staat der EU beigetreten. Mit dem Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union die

Anni Haider

geboren am 22. März 1902 in Wien, Österreich
gestorben am 22. Juni 1990 in Linz, Österreich

Anni Haider, schon in den 1930er Jahren als Betriebsrätin in einer Textilfabrik aktiv, beteiligte sich an den Kämpfen des Februar 1934 und musste 1936 in die Tschechoslowakei, dann nach Moskau emigrieren. Dort traf sie Franz Haider und kam mit ihm 1938 nach Österreich zurück. Beide widmeten sich dem antifaschistischen Kampf in der illegalen KPÖ. 1941 verraten und verhaftet, des Hochverrats angeklagt und von einem Todesurteil bedroht, wurde Anni schließlich zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und kam, wie Margarete Schütte-Lihotzky, nach Aichach/Bayern. Nach der Befreiung dieses Zuchthauses durch die Rote Armee im April 1945 kam sie wieder nach Linz zurück. Sie wurde Frauenvorsitzende der KPÖ Oberösterreich, später Landesvorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen.

Neutralität Österreichs und anderer Mitgliedsstaaten anerkannt. Damit bestehen weiterhin die Möglichkeit und die Verpflichtung zu einem selbstständigen, nicht-militärischen Beitrag für Frieden und Sicherheit. Wir lehnen den Ausbau der EU zu einer Militärmacht ebenso ab wie die Beteiligung Österreichs an militärischen Einheiten und Rüstungsvorhaben im Rahmen der EU. Solange die NATO europäische Staaten militärisch an die USA bindet und nicht durch ein System gemeinsamer Sicherheit auf unserem Kontinent ersetzt ist, bleibt die Neutralität ausschlaggebend für die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik.

Nicht die Öffnung des Heeres für Frauen, sondern der schrittweise Abbau aller militärischen Strukturen bis hin zur Abschaffung des Bundesheeres und die Umverteilung der freiwerdenden Mittel zum Einsatz für soziale und demokratische Reformen schaffen bessere Bedingungen für Gleichberechtigung.

Als Partei, deren weibliche Mitglieder überproportional und aktiv am Kampf gegen den Faschismus teilgenommen haben und bei dem viele Genossinnen ihr Leben lassen mussten, fühlen wir uns in besonderer Weise dem Kampf gegen wiederauflebenden Faschismus und Rechtsextremismus verpflichtet sowie dem Kampf gegen Rassismus, Gewalt, Antisemitismus, Antiziganismus, antiislamische Hetze und Sexismus.

Wir treten dafür ein, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt, zur sozialen Absicherung und zu sozialen und politischen Rechten unabhängig von Aufenthaltstiteln und Familienstand für alle in Österreich lebenden Menschen gleichermaßen gilt.

Unser politischer Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper richtet sich gegen alle Formen sexueller Ausbeutung, Menschenhandel, medizinischer Versuche und gentechnologischer Entwicklungen, die auf Kosten der Gesundheit von Frauen gehen und auf die Kontrolle ihres Gebärvermögens abzielen. •

Rosa Mayreder

geboren am 30. November 1858 in Wien, Österreich
gestorben am 19. Januar 1938 in Wien, Österreich

Bereits in frühester Jugend forderte die Gastwirtstocher mit ihrem Anspruch, gleiche Bildung wie ihre Brüder zu erwerben, ihr Umfeld heraus. Mit 19 Jahren begann sie zu malen. Erfolgreich in Wien, Dresden, Berlin und Chicago gründete sie eine Kunstschule für Mädchen. Ihre philosophischen Essays fanden große Beachtung – und die Kritik v.a. männlicher Autoren. Mit dem Anspruch einer „vom Geschlecht unabhängigen Freiheit der Individualität" behandelte sie Fragen der Geschlechterbeziehungen und den Zusammenhang von Macht und Sexualität. Mit verbündeten Frauen gründete sie den Allgemeinen Österreichischen Frauenverein und die Monatszeitschrift „Dokumente für Frauen". Gemeinsam mit Bertha v. Suttner engagierte sie sich bis zu deren Tod in der Friedensbewegung und wurde 1919 Vorsitzende der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit".

Inserat

Volksstimme, die (weibl.): Linke Monatszeitung mit Binnen-I → Politik und Kultur: Zwischenrufe links → Jahresabo (10 Ausgaben) für 50 oder 25 € → abo@volksstimme.at

2.

Arbeit und Bildung im 21. Jahr-hundert

Arbeit ist ein zentrales Feld gesellschaftlicher Austauschbeziehungen. Sie verbindet Menschen miteinander, ist Zweck und Mittel ihrer Kooperation. In der Arbeit vergegenständlichen sich Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und besondere Talente. So führt Arbeit zu Wertschätzung. Seit jeher diente Arbeit der Existenzsicherung – der Reproduktion im unmittelbaren und erweiterten Sinn. Alle Klassengesellschaften haben gemeinsam, dass Menschen sich die Ergebnisse der Arbeit anderer Menschen aneignen, in der kapitalistischen Gesellschaft in Form der Lohnarbeit. In ihr wird nur die Erwerbsarbeit/Lohnarbeit tatsächlich wertgeschätzt. Die Reproduktionsarbeit (Haushaltsarbeit, Kinder versorgen und erziehen, alte und kranke Familienmitglieder pflegen und ihr Leben teilen, nachbarschaftliche Unterstützung und Fürsorge) ist, solange sie in der Familie geleistet wird, nicht bezahlt und damit gesellschaftlich wenig bis gar nicht wertgeschätzt. Traditionell wird diese Reproduktionsarbeit den Frauen zugewiesen.

Als Erwerbsarbeiterinnen waren Frauen zunächst in der kapitalistischen Gesellschaft willkommen, wo nicht ausreichend männliche Arbeitskraft zur Verfügung stand, abhängig von der Konjunktur: bei Tätigkeiten mit geringer Qualifikation, in Kriegszeiten, wenn Männer Soldaten sein mussten, in staatlich verwalteter Pflege alter und kranker Menschen sowie in der Betreuung und Erziehung der Kinder. Inzwischen hat ein großer Teil der Frauen Anteil an der Lohnarbeit. 2012 waren in Österreich nur zehn Prozent weniger Frauen als Männer im erwerbsfähigen Alter berufstätig. Allerdings: Im Jahresmittel hatten unselbstständig beschäftigte Frauen um ein Drittel weniger Einkommen als ihre männlichen Kollegen.

Mit dem Einzug der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in die kapitalistische Wirtschaft hat die Arbeitswelt sich rasant zu ändern begonnen. Das betrifft nicht nur die Tätigkeiten der Beschäftigten, sondern auch die Formen der Profitsicherung auf Kosten der Lohnarbeit Leistenden. Da durch Rationalisierung der Arbeitsprozesse weniger menschliche Arbeitskraft benötigt wird, werden Arbeitskräfte statt in unbefristeter Vollzeitanstellung in Teilzeit beschäftigt, auch geringfügig, in befristeten oder freien Dienstverträgen (ohne Sozialabgaben der Dienstgeber) oder als LeiharbeiterInnen. Teilzeitarbeit heißt auch immer Teilzeitverdienst, geringe Aufstiegschancen, höhere Arbeitsintensität und geringere Pensionen.

Der Anteil der Frauen an solchen „atypischen" Beschäftigungsverhältnissen ist bedeutend höher als der von Männern. Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen, aber „nur" 14 Prozent der erwerbstätigen Männer arbeiten in solchen Beschäftigungsverhältnissen. Das bedeutet für sie: der Verdienst ist nicht existenzsichernd, es gibt keine oder nur eine schlechte Kranken- und Pensionsversicherung, sie leben im Druck der Ungewissheit, wie lange der Arbeitsplatz ihnen erhalten bleibt. Daher üben einige von ihnen eine zweite Erwerbsbeschäftigung aus – ein Viertel mehr Frauen als Männer stehen in zwei Beschäftigungsverhältnissen.

Seit den 80er Jahren werden verstärkt Angriffe auf Schutzbestimmungen, kollektivvertragliche Regelungen und erkämpfte Rechte geführt. Flexible Arbeitszeiten täuschen vor, die Arbeitszeit könnte nach individuellen Wünschen gestaltet werden. Tatsächlich

Alexandra Michailowna Kollontai

geboren am 31. März 1872 in Sankt Petersburg, Russland
gestorben am 9. März 1952 in Moskau, UdSSR

Ihre Träume, die Welt zu verändern, führten die Generalstochter an die Seite der St. Petersburger Arbeiterschaft. Sie schloss sich der Sozialdemokratischen Partei an, nach der Spaltung wurde die Menschewiki-Anhängerin eine Bolschewikin. Als Journalistin, Schriftstellerin und überzeugende Rednerin setzte sie sich mit der Frauenrechtsfrage auseinander. Während der Revolution kam sie, u.a. als Volkskommissarin für Wohlfahrt, in verantwortliche Funktionen. Als eine der ersten weiblichen Diplomatinnen ging sie 1923 als Gesandte der jungen Sowjetunion nach Oslo und war, wie auch bei ihrem Einsatz in Mexiko und Stockholm und den Verhandlungen über den Friedensschluss zwischen Finnland und der Sowjetunion, geschätzt und erfolgreich. Als Diplomatin überlebte sie als einziges ZK-Mitglied des Jahres 1927 auch die stalinistische „großen Säuberung".

aber werden diese den Profitinteressen angepasst und als Sachzwänge des jeweiligen Unternehmens oder als EU-Vorgabe ausgegeben. In vielen Fällen werden Deregulierungsstrategien mit dem Argument der Frauengleichheit durchgesetzt, wie etwa beim Nachtarbeitsverbot geschehen ist. Der dramatische Anstieg geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, zum Beispiel im Handel, geht vorwiegend zu Lasten der Frauen, die – nur unfallversichert – sozialrechtlich nicht abgesichert sind. Ferner entstehen unter dem Deregulierungsdruck ganz neue, insbesondere Frauen zugemutete Formen von Beschäftigung, etwa das „Homeservice", bei dem das Arbeitsmarktservice Leiharbeit für private Haushalte zu Niedriglöhnen per „Dienstleistungsscheck" bereitstellt.

Die neuen Arbeitsbedingungen machen krank. Immer häufiger treten Krankheitsformen wie Burnout oder andere psychische Erkrankungen auf. Mobbing ist keine Ausnahmeerscheinung im Arbeitsleben. Der Druck, die Angst, die Perspektivlosigkeit in einer verrohten Arbeitswelt bringen viele Menschen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Viele gehen trotz Krankheit zur Arbeit. Wird die Reproduktionsarbeit inzwischen auch geteilt zwischen Frauen und Männern? Kaum. 2010 erbrachte jede zehnte Frau in Österreich Betreuungsleistungen für hilfsbedürftige Verwandte, aber nur jeder 17. Mann. Von der Hälfte aller erwerbstätigen Eltern in Österreich betreuten zu 31 Prozent Männer, aber zu 78 Prozent Frauen die Kinder während der Arbeitszeit der PartnerIn, weil keine Betreuungseinrichtung zur Verfügung stand. Die Möglichkeit der Elternkarenz nutzten 20 Mal mehr Mütter als Väter.

Bereits diese wenigen Zahlen zeugen von der anhaltenden Schlechterstellung der Frauen in der Erwerbsarbeit und von dem Maß an Verantwortung und Leistung, das sie mit der Haus- und Sorgearbeit auf sich nehmen. Was die Zahlen nicht zeigen, ist die Bedeutung der Rahmenbedingungen für die Biografien von Frauen: für die Alleinerzieherin, die vom AMS vermittelte Jobs wegen der vorgegebenen Arbeitszeit nicht annehmen kann, weil diese nicht mit den Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtung zusammenpasst; für die Akademikerin, die mit ihrem Kleinkind keinen ihrer Qualifikation entsprechenden Job an ihrem Wohnort findet und schließlich als Teilzeitsekretärin arbeitet; für die Frau, die nach einigen Jahren, in denen sie ihre Kinder versorgt und einen Verwandten gepflegt hat, wieder arbeiten gehen will und feststellen muss, dass immer die jüngeren BewerberInnen genommen werden; für die Migrantin, deren Ausbildung nicht anerkannt wird; für die Frau, die Jahrzehnte für Mann und Kinder gesorgt hat und von einer sehr geringen Pension überleben muss, nachdem sie sich doch hat scheiden lassen, als die Kinder aus dem Haus waren; für die junge Frau, die nach Abschluss ihres Studiums immer nur Praktika angeboten bekommt, ein bezahltes immerhin, dafür fragt sie der Chef beim Vorstellungsgespräch, ob sie schwanger ist, ob sie einen Freund hat und wie ihre Familienplanung ausschaut.
An der grundsätzlichen Teilung der Arbeit in gesellschaftlich geschätzte, weil bezahlte Erwerbsarbeit einerseits und unbezahlte, ja unsichtbare Reproduktionsarbeit andererseits hat sich also nicht viel geändert. Tendenziell wird nach wie vor die Erwerbsarbeit den Männern zugeordnet und gilt als Eintrittskar-

Grete Jost

geboren am 26. Mai 1916 in Wien, Österreich
gestorben am 15. Jänner 1943 in Wien

Aufgewachsen in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie, war Grete Jost mit der organisierten Arbeiterschaft verbunden. 1934 trat sie der verbotenen KPÖ bei und beteiligte sich an Schulungen und Aktionen. Als Verbindungsfrau zwischen der Parteiführung und der Badener KPÖ-Bezirksorganisation und aktiv im Widerstand gegen den Faschismus, wurde sie im Februar 1941 verhaftet und im September wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Den Kampf und die Zuversicht, dass die Rote Armee den Faschismus besiegen wird, gab sie in der Haft nicht auf. Ihre Mitgefangenen schätzten sie als mutige, mitfühlende, wissensdurstige Frau. Ihre Hoffnung auf rechtzeitiges Eintreffen der Roten Armee erfüllte sich nicht. Am 15. Jänner 1943 starb Grete Jost durch das Fallbeil. Ihre letzten Worte: „Es lebe die Freiheit!"

te in die Gesellschaft, wiewohl sie für viele Erwerbstätige nicht mehr existenzsichernd ist. Reproduktionsarbeit wird immer noch grundsätzlich von Frauen erwartet. Dabei wird verleugnet, dass auch diese Arbeit Wissen und Kompetenz generiert und braucht, auf welche die Gesellschaft nicht verzichten kann.
Am Arbeitsmarkt müssen sich Frauen mit weniger Geld und häufiger mit Jobs zufriedengeben, für die sie deutlich überqualifiziert sind. Insgesamt waren 2010 unter Männern wie Frauen 22 Prozent für ihren Job eigentlich überqualifiziert, unter MigrantInnen waren es 33 Prozent.
Je nach Bildungsabschluss gibt es dabei aber deutliche Geschlechterunterschiede. Besonders auffällig ist die Situation bei den MaturantInnen: Je rund 57 Prozent der AHS- bzw. BMHS-Absolventinnen finden keinen adäquaten Job, bei den Männern sind es 48 mit AHS-Abschluss bzw. von den BHS wegen der großen Nachfrage nach technischen Ausbildungen „nur" 30 Prozent. Unter AkademikerInnen sind 35 Prozent der Frauen bzw. 26 Prozent der Männer für ihren Posten überqualifiziert. Gerade in dieser Gruppe ist der Verdienst der Männer um ein Viertel deutlich höher als jener der Frauen.
Wenn durch den Wandel der Produktivkräfte in einer Branche oder dadurch, dass Frauen einen Sektor der Erwerbsarbeit auch für sich erobern, die Dominanz von Männern überwunden wird, wie das mit dem altehrwürdigen Sekretär oder dem Schneider geschehen ist, nehmen sowohl das Ansehen dieser Arbeitsplätze wie auch die Bezahlung drastisch ab.
Die Schlechterstellung von Frauen in der Erwerbsarbeitswelt, die oft mit gläsernen Decken versehen ist, welche den Aufstieg in höhere Positionen verhindern, ist unakzeptabel. Die Reproduktionsarbeit muss als gesellschaftlich notwendige Arbeit gesehen, geschätzt und so geteilt werden, dass sie nicht mehr Haupt-Sache der Frauen ist. Dabei muss die Existenzsicherung für Frauen wie für Männer gewährleistet sein.

Bildungspolitik im Widerspruch

Bildung ist von Geburt an ein Anspruch jeder und jedes Einzelnen und eine Voraussetzung für berufliche Chancen und persönliche Entwicklung. Von der Bildungs- und Ausbildungspolitik hängt es in entscheidendem Maß ab, welchen Zugang Menschen zu Bildung finden können und davon wieder, welchen Platz sie im gesellschaftlichen Leben einnehmen.
In der kapitalistischen Gesellschaft zählt vor allem Ausbildung, die für die Erwerbsarbeit brauchbar macht und das Kriterium für den Zugang zum Arbeitsmarkt ist.

Frauen und Männer sollten aber nicht nur für eine qualifizierte Erwerbsarbeit ausgebildet werden, sondern sich auch bilden, um an sich selbst und an anderen Menschen arbeiten zu können sowie ihre eigenen Anlagen zu erkunden und zu entwickeln und schließlich, um ihre Interessen artikulieren und sie in Verbindung mit anderen vertreten zu können.
Um ein solches ganzheitliches Bildungsziel zu verfolgen, müssen Inhalte und Formen der Kindergarten- und Schulbildung darauf ausgerichtet werden, zu lernen, Fragen zu stellen und Probleme zu lösen, (Selbst-) Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben. Alles Lernen müsste an den Alltags- und Lebenserfahrungen der Kinder und Jugendlichen anknüpfen.

Audre Lorde

geboren am 18. Februar 1934 in Harlem, New York, USA
gestorben am 17. November 1992, Christiansted, Amerikanische Jungferninseln
Audre Geraldine Lorde wuchs als Tochter eines Arbeiterpaares in der Zeit der großen Depression in Harlem auf. Von Geburt an fast blind, lernte sie im Alter von vier Jahren sprechen.
Ihre Mutter brachte ihr Lesen und Schreiben bei, mit 14 Jahren schrieb sie ihr erstes Gedicht. 1954 war für sie ein wichtiges Jahr der Selbstbejahung und Erneuerung – die Zeit an der Nationalen Universität in Mexiko-Stadt bestätigte sie in ihrer Identität als Lesbe und Dichterin.
Poesie und Literatur blieben ihr bis zum Lebensende das Medium der Verarbeitung und des Ausdrucks ihrer Erfahrungen als schwarze US-Bürgerin und als lesbische Frau.
So war sie Teil der Bürgerrechtsbewegung, der Antikriegs- und der Frauenrechtsbewegung. Sie selbst bezeichnete sich als „schwarze Lesbe, feministische Mutter und Kriegerin".

Dafür braucht es Lern- und Organisationsformen, die unabhängig von materieller Ausstattung und Bildungsstand des Elternhauses Zugang für alle zu einer Bildung garantieren, die das Formen des eigenen Lebensentwurfs unterstützen. Jugendliche SchulschwänzerInnen mit einer Geldstrafe zum Schulbesuch zu zwingen, scheint uns der falsche Weg, vielmehr müsste Schule ein Ort sein, wo Jugendliche neugierig auf ihr Leben gemacht werden und den Besuch nicht als Strafe oder lästige Pflicht empfinden.
Die gegenwärtige Bildungspolitik orientiert sich an der sogenannten Eliteauslese, am Konkurrenzdenken, an Leistungsgruppen in differenzierter Spielart statt an der einheitlichen Gesamtschule mit polytechnischer Orientierung. Diese Ausrichtung entspricht dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals, das einerseits ungelernte, anlernbare und billige Arbeitskräfte braucht, die je nach Wirtschaftslage flexibel abrufbar sind und andererseits nach hochqualifizierten, differenziert ausgebildeten Fachkräften verlangt. Der EU-normierte Bildungsstandard verschärft diese Auslese insbesondere für Frauen. Die verfolgte Richtung heißt „Begabten"-, also Elitenförderung in privaten kostenpflichtigen Bildungseinrichtungen und Sparpolitik im öffentlichen Bildungssektor. Die öffentlichen Ausgaben für Lehr- und Lernbehelfe, Schulbücher, Nachmittagsbetreuung, BegleitlehrerInnen und andere Schulangebote werden gekürzt und gestrichen, auf die Eltern abgewälzt oder durch Firmen-Sponsoring den Werbezwecken der Konzerne ausgeliefert. Kürzungen bei der SchülerInnenfreifahrt, den Stipendien sowie die Einhebung von Studiengebühren und die enormen Kosten, die durch die inzwischen schon fast selbstverständliche private Nachhilfe in allen Schulstufen aufzubringen sind, schaffen die Voraussetzungen für eine neue Bildungselite, zu der ökonomisch Benachteiligte keinen Zugang haben. Viele Mädchen scheinen ihre Lektion von der Geschlechterarbeitsteilung gut gelernt zu haben und streben Lehrstellen in traditionellen „Frauenberufen" an. Sie wollen Sekretärin, Friseurin, Verkäuferin werden und sind froh, wenn sie eine Lehrstelle ergattern. Ihre Schulbildung hat nicht dazu geführt, dass sie sich selbst in einem traditionellen „Männerberuf" sehen können. Auch LehrerInnen und AusbildnerInnen in Firmen können sich sehr oft Mädchen in solchen Sparten schwer vorstellen und ziehen männliche Bewerber vor.

Dem muss auch durch eine geschlechtersensible Pädagogik in der Kinderbetreuung und im Schulsystem entgegen gewirkt werden. Sie basiert auf dem Wissen, dass die unterschiedliche Behandlung von Buben und Mädchen Einfluss auf die Lerngeschichte aller Kinder hat und die Ausbildung von Fähigkeiten und Fertigkeiten beeinflusst.
Zwar ist der formale Bildungszugang für Mädchen offensichtlich leichter geworden: Heute gibt es mehr weibliche als männliche MaturantInnen, der Anteil von Frauen, die nur einen Volksschulabschluss vorweisen konnten, ist von 1981 bis 2010 von 49 auf 18 Prozent gesunken. Im selben Zeitraum ist der Anteil von Frauen, die eine Hochschule absolviert haben, von vier auf 16 Prozent gestiegen. Es gibt heute signifikant mehr Frauen als Männer, die ein Studium abschließen. Dennoch erweist sich der Universitätsbetrieb immer noch als Männerdomäne: Halb so viele Frauen wie Männer hatten 2012 eine AssistentInnenstelle an einer Universität. Weniger als ein Drittel der ProfessorInnen sind Frauen. Auch der Bereich der neuen Infor-

Miriam Makeba

geboren am 4. März 1932 in Johannesburg, Südafrika
gestorben am 9. November 2008 in Castel Volturno, Italien

Die Sängerin aus dem Lande der Apartheid wollte die westliche Welt mit afrikanischer Musik bekannt machen und den Kampf gegen die Apartheid aus dem Exil vorantreiben. Als Tochter einer Haushaltshilfe und eines Lehrers heiratete sie mit 17 Jahren einen gewalttätigen Mann, den sie kurz nach der Geburt ihrer Tochter verließ. Als Haushaltshilfe und Sängerin brachte sie sich mit ihrer Tochter durch. Ihre Hauptrolle in dem US-amerikanischen Anti-Apartheid-Film „Come Back, Africa" brachte sie mit Harry Belafonte zusammen, der ihr Mentor wurde. Die Sängerin und politisch engagierte Frau fand internationale Anerkennung, z. B mit ihrem Auftritt bei den „Künstlern für den Frieden" 1982 in Wien. 1964 sagte sie vor der UNO über den Apartheid-Terror in Südafrika aus. Ihre Musik war bis 1988 in Südafrika verboten.

mations- und Kommunikationstechnologien ist nach wie vor von Männern dominiert. Durch die budgetären Kürzungen an Schulen und Hochschulen haben sich die Lern- und Studienbedingungen massiv verschlechtert: überfüllte Klassen und Hörsäle einerseits, Arbeitslosigkeit von LehrerInnen und Hochschulpersonal andererseits, verstärkte Abhängigkeit vom Privatkapital durch den Zwang zur Drittmittelfinanzierung, Dequalifizierung durch einseitig an den Interessen des Kapitals ausgerichtete Fachhochschulen und Kurzlehrgänge. Spezifische Frauenforschung und selbst Genderstudies finden fast ausschließlich in kleinen universitären Ghettos statt und sind ständig vom finanziellen Aushungern bedroht. Feministische methodische und erkenntnistheoretische Ansätze beeinflussen die allgemeine Wissensproduktion kaum. Nicht zuletzt wirkten sich die universitären Sparmaßnahmen drastisch auf externe Lektorinnen aus, die den Großteil der universitären Lehre und Forschung mit frauenspezifischer Thematik bestreiten. Auch Frauen mit Studienabschluss haben im Berufsleben, trotz gleicher Qualifikation, geringere Chancen als ihre männlichen Studienkollegen. Der Prozentsatz der arbeitslosen Akademikerinnen ist doppelt so hoch wie der ihrer männlichen Kollegen. Berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen sind auch eng verbunden mit Weiterbildungsmöglichkeiten. Frauen wollen Weiterbildung. Sowohl formale als auch informelle Weiterbildungsangebote nutzen Frauen in größerem Maße als Männer. Sie geben dafür auch mehr Geld aus als Männer. Zwar ist ständig von der Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens" die Rede, aber auch hierfür fehlen die Bedingungen. Notwendig wäre ein umfassender Ausbau bezahlter Weiterbildung während der Arbeitszeit entlang den individuellen Bedürfnissen und Interessen und eine außerbetriebliche Erwachsenenbildung, die weiterführende Berufswege eröffnet. Insbesondere für MigrantInnen sind leistbare Schul- und Bildungsmöglichkeiten, die über die obligatorischen und kostenpflichtigen Deutschkurse hinausreichen, eine existenzielle Notwendigkeit.

Unsere Orientierungen

Die Demokratisierung der Bildung ist eine Voraussetzung dafür, gleiche Chancen für alle Kinder/Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht sowie ihrer körperlichen und psychisch-mentalen Ausstattung – zu verwirklichen. Dazu gehören sowohl Bildungsziele und -inhalte als auch die Schulform und Methoden des Unterrichts. Nicht Nivellierung, wie Konservative unterstellen, wäre die Folge, sondern in kleinen Klassen und Neigungsgruppen könnten handlungsorientierte Lern- und Teamarbeit ermöglicht werden und individuelle Begabungen von PädagogInnen Unterstützung erfahren.

Ein Bildungssystem, das auf einer einheitlichen Gesamtschule mit kostenloser Nachmittagsbetreuung beruht, das keine Sackgassen kennt und zur ständigen Weiterbildung anregt, würde nicht nur den Mädchen aus sozial benachteiligten Verhältnissen zugutekommen, sondern ALLEN Schülerinnen und Schülern. Der Kampf um den freien Bildungszugang, um Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätze, die Organisierung von Widerstand gegen die restriktive Sparpolitik an den Schulen und Hochschulen erfordert Solidarität und die Einsicht, dass die

Chiara Lubich

geboren am 22. Januar 1920 in Trient, Italien
gestorben am 14. März 2008 in Rocca di Papa bei Rom, Italien

Schon in der Familie wurde Chiara Lubich mit der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Marxismus konfrontiert: Ihre Mutter war überzeugte Christin, ihr Vater Sozialist, ihr Bruder Redakteur bei der kommunistischen Zeitung L'Unità und während des italienischen Faschismus Partisan.
Sie wurde 1938 Volksschullehrerin, begann später ein Studium der Philosophie an der Universität Venedig, das sie wegen des Krieges nicht abschließen konnte. Geprägt durch die Kriegserlebnisse und ihr starkes christliches und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein gründete sie 1943 die Fokolar-Bewegung, die den weltweiten Friedensbemühungen ebenso anhängt wie solchen um soziale Gerechtigkeit. Die Bewegung ist heute in 182 Ländern verbreitet, Chiara Lubich war bis zu ihrem Tode deren Präsidentin.

von konservativen Kräften vorangetriebene Elitenbildung die Gesellschaft spaltet und Chancen auf Erneuerung vergeben werden.

Im gesamten Bildungssystem müssen traditionelle Geschlechterrollen kritisch hinterfragt, muss nach geschlechtersensiblen pädagogischen Methoden gearbeitet werden. Durch die bewusste Auseinandersetzung mit festen Vorstellungsklischees sollten Buben und Mädchen nicht mehr so werden müssen, wie sie „zu sein haben". Kinder sollen die Möglichkeit haben, sich unabhängig von Rollenvorstellungen entwickeln und entfalten zu können. Dadurch eröffnen sich ihnen neue Perspektiven, die Handlungsspielräume werden erweitert. Unabhängig vom Geschlecht werden Stärken und Interessen gefördert, und gleichzeitig wird das Selbstwertgefühl gestärkt.

Erwerbsarbeit und geteilte wertgeschätzte Reproduktionsarbeit sind die Grundlage jeder gesellschaftspolitischen, auf sozialer Gerechtigkeit fußenden Alternative, wobei mitgedacht wird, dass Jeder und Jedem Zeit und Kräfte bleiben sollen, für sich selbst und an sich selbst Neues zu entdecken und zu entwickeln sowie an der politischen Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen. Eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die durch die Entwicklung der Produktivität der letzten Jahrzehnte bereits möglich ist und ein System der sozialen Sicherheit, das die Existenz jeder und jedes Einzelnen zum Ausgangspunkt der Berechtigung der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum nimmt, können die Basis einer solchen neuen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und den Individuen sein. Deshalb setzen wir uns für ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen ein. Neue, qualifizierte, zukunftsorientierte Arbeitsplätze bieten die Bereiche Umweltschutz, ökologische Landschafts- und Stadtplanung, Energieversorgung, Verkehr, Stadtsanierung, Wohnungsbau, soziale Dienste. Anstelle der Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts von den Lohnabhängigen zu den in- und ausländischen Konzernen und zum Finanzkapital soll allen Menschen ein ausreichendes Einkommen und menschenwürdiges Leben garantiert sein. Dazu müssen die noch vorhandenen staatlichen wirtschaftspolitischen Hebel genutzt und neue geschaffen werden. Der bereits bestehende informelle Sektor muss sozial integriert und abgesichert werden. Die nun schon seit Jahrzehnten diskutierte wertschöpfungsbasierte Umstellung der Betriebsbesteuerung ist überfällig.

Den Frauen mehr Zeit und Geld! Zeit durch radikale Erwerbs-Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverluste, Neubewertung und Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Zeit und Geld durch bedarfsgerechte und kostenlose Kinder- und SchülerInneneinrichtungen. Geld vor allem durch radikale Umverteilung von Reich zu Arm. •

Margarete Schütte-Lihotzky

geboren am 23. Januar 1897 in Wien, Österreich
gestorben am 18. Januar 2000 in Wien, Österreich

Margarete Schütte-Lihotzky war die erste Frau, die in Österreich ein Architekturstudium abgeschlossen hat. Sie war Kommunistin und wirkte aktiv im Widerstand gegen die Nazidiktatur. Ihre Gruppe flog auf, sie wurde verurteilt und entkam knapp dem Todesurteil. Nach der Befreiung vom Faschismus erhielt sie in Österreich als Architektin kaum Aufträge. Ihre wichtigsten Bauten entstanden im Ausland. Berühmt wurde ihr Entwurf der „Frankfurter Küche". Sie ermutigte junge Frauen, ihre Berufswünsche hoch anzusetzen und zu verwirklichen und sich politisch gegen Unrecht zu engagieren. Bis zu ihrem Tod war sie Ehrenvorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen Österreichs. Heute hält der „Margarete-Schütte-Lihotzky-Raum" in Wien Erdberg die Erinnerung an sie aufrecht.

3.

Vom sozialen Risiko, Frau zu sein

Der Neoliberalismus verspricht den Menschen, dass es alle – ohne Ansehen der Person – schaffen können, ganz nach oben zu gelangen, zumindest aber ein gutes Leben zu führen, wenn sie nur tüchtig und zielstrebig genug sind, wenn sie lernen würden, „sich selbst zu führen" und sich den Anforderungen der Märkte anzupassen. Geschwiegen wird über die ungleichen Voraussetzungen je nach Herkunft und Geschlecht. Denn in der gesellschaftlichen Praxis hat sich an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung kaum etwas geändert. Sie strukturiert die Arbeitsmärkte nach weiblich und männlich dominierten Branchen, sie befestigt die gläsernen Decken, die nur gelegentlich Sprünge aufweisen. Vor allem aber bildet ihren Kern die einseitige Zuweisung der Hausarbeit – mit allem was dazu gehört – an Frauen.

Während die Produktion und Verteilung der Waren und Dienstleistungen gesellschaftlich organisiert ist, wird die Wiederherstellung der Arbeitskraft – individuell und über die Generationen – größtenteils in privater Form geleistet. Dennoch ist auch diese Reproduktionsarbeit Teil der kapitalistischen Ausbeutung, denn solange sie hauptsächlich unentgeltlich geleistet wird, bleiben die Kosten der Arbeitskraft für das Kapital entsprechend niedriger. Die unentgeltlichen, privat erbrachten und Frauen zugedachten Arbeiten, etwa die Pflege kranker oder alter Familienangehöriger, die Versorgung und Betreuung von Kindern und die Organisierung von Haushalt und Erholung widerspiegeln patriarchale Traditionen und kapitalistisches Nutzenkalkül.

Im Zeichen des Neoliberalismus ist Jedem und Jeder aufgetragen, für sich selbst zu sorgen, Gesellschaft und Staat ziehen sich weiter aus der sozialen Verantwortung zurück. Die Zerstörung sozialstaatlicher Absicherungen und Infrastrukturen findet unter neoliberalem Druck beschleunigt statt und wirkt sich auch auf die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern aus. Alte Vorteile auf der männlichen und Zugangsbeschränkungen auf der Seite der Frauen nützen auch heute noch jungen Männern, zumindest jenen, die nicht aus Gründen der sozialen Klassen- oder einer ethnischen Zugehörigkeit benachteiligt sind, und sie müssen von ihnen genutzt werden, um in der Konkurrenz Aller gegen Alle zu bestehen.

Patriarchale Strukturen

Auch wenn sich das Rollenverständnis der Geschlechter in den vergangenen Jahren gewandelt hat und auch Männer sich – zaghaft, aber doch – dem Reproduktionsbereich widmen, heißt die gesellschaftliche Norm noch immer: Männer schalten sich freiwillig und nach eigenem Ermessen ein, sind aber von der Verantwortung für die Kindererziehung und die alltäglichen Hausarbeiten prinzipiell entlastet und können sich daher ihren beruflichen Verpflichtungen mit mehr Zeit, Einsatz und Kontinuität widmen. Dies umso mehr, als der Verdrängungsprozess am Erwerbsarbeitsmarkt nur „ganzen Männern" bessere Chancen einräumt. Umgekehrt erfordert die Verlagerung und Privatisierung von sozialen Aufgaben „ganze Frauen" im Reproduktionsbereich. Eine Wiederbelebung konservativer Werthaltungen begleitet diese Tendenz ideologisch. Biedermeierlich anmutende Wünsche und Hoffnungen auf ein gelingendes Familienleben treffen aber sehr oft auf die entzauberte Realität deregulierter und prekärer Arbeits- und Lebenssituationen. Fürs Genießen des „Rückzugs ins Privatleben" fehlen Zeit, Kraft und oft auch die finanziellen Mittel. Aber nicht nur die einseitige Zuständigkeit für Hausarbeit, sondern auch die Gleichsetzung von biologischer und sozialer Mutterschaft konstruieren jene „familiären Verpflichtungen",

die Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligen. Frauen können im Beruf oft nur mit großer Disziplin, ausgeklügeltem Zeitmanagement, der Unterstützung durch private Netze und persönlichen Abstrichen jenes Durchsetzungs- und Beharrungsvermögen und jene Flexibilität und Mobilität aufbringen, die in der kapitalistischen Konkurrenz verlangt werden, wobei sie gleichzeitig noch über Energien für Beziehungsarbeit und Haushalt verfügen sollen. Nicht wenige lösen diese Widersprüche, indem sie in Haushalt und Mutterschaft den Sinn ihres Lebens sehen. Sie empfinden reproduktive Arbeit in der Familie als ganzheitlich im Vergleich zur entfremdeten Erwerbsarbeitswelt und leiten daraus mitunter Stärken ab, die den Reproduktionsbereich als weiblichen Machtbereich erscheinen lassen, in dem losgelöst von gesellschaftlichen Voraussetzungen selbstbestimmt gelebt werden kann. Dies führt vor allem dann, wenn aus der oft als vorübergehende Lebensphase gedachten Situation eine erwerbsmäßige Sackgasse geworden ist, in Abhängigkeit und Armut.

Hausarbeit, Partnschaft, Arbeitsteilung

Hausarbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeit. Sie dient der Wiederherstellung der menschlichen Arbeitskraft, der Erziehung der kommenden Generation. Dazu bedarf es nicht nur bestimmter Lebensmittel, Infrastrukturen und Dienstleistungen, sondern auch einer entsprechenden Freizeitgestaltung für körperliche und geistige Erholung. Der Inhalt der Hausarbeit ist abhängig von der Klassenzugehörigkeit, der Familiengröße, von regionalen Besonderheiten. Niveau und Umfang der Hausarbeit werden von wirtschaftlichen Gegebenheiten einer Gesellschaft, ökonomischen Ressourcen der Privathaushalte und dem politischen Kräfteverhältnis bestimmt.

Im Haushalt werden Gebrauchswerte für den Eigenbedarf hergestellt. Das unterscheidet diese Tätigkeiten von der warenproduzierenden, wertschaffenden Arbeit, die ihre Anerkennung über die Konkurrenz am Markt in Form des Kaufs erfährt. Da die Hausarbeit nicht für den Markt erzeugt, gilt sie nach der kapitalistischen Verwertungslogik als nicht produktiv. In einer Gesellschaft, in der der Wert in Form des Geldes vorherrscht, wird auch der Wert der Arbeitskraft an der Höhe der Bezahlung gemessen. Da Hausarbeit zum allergrößten Teil unentgeltlich geleistet wird, erscheint sie nicht als „richtige Arbeit“. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung weist Frauen jene Tätigkeiten zu, die sich ständig wiederholen und „unsichtbar“ sind – Kochen, Putzen, Waschen usw. –, und sie dennoch als befriedigend zu erleben, gilt als „natürliche Eigenschaft“ der Frauen. Ihre eindeutige Zuständigkeit dafür wird über die Sozialisation vermittelt und von Frauen selbst verinnerlicht. Auf diese Art wird Frauen die soziale Verantwortung für all jene Lebensbereiche übertragen, die nicht über den Markt geregelt werden. Auch Frauen, die berufstätig sind, können bestenfalls auf eine Mithilfe des (Ehe-) Mannes rechnen. Trotz steigender Verwendung technischer Geräte im Haushalt darf nicht übersehen werden, dass vor allem in den „Industrieländern“ neue Anforderungen entstanden sind. Höhere Ansprüche an die Hygiene, neue Tätigkeiten (z.B. Müllsortierung und -beseitigung, gesunde Ernährung, Wissensaneignung über schädliche Inhaltsstoffe bei Lebens- und Reinigungsmitteln), der Versuch, ethische und ökologische Ansprüche beim Konsumieren

Sonia Pierre

geboren am 4. Juni 1963 in Villa Altagracia, Sant Cristobal, Dominikanische Republik
gestorben am 4. Dezember 2011 ebendort

Sonia Pierre wuchs als eines von zwölf Kindern in einer aus Haiti stammenden Wanderarbeiterfamilie in einer „Batey“ auf, wie in der Dominikanischen Republik die Baracken genannt werden. Dort wohnen haitianische WanderarbeiterInnen unter menschenunwürdigen Bedingungen, sie arbeiten zu Hungerlöhnen auf den Zuckerrohrplantagen. Schon im Alter von 13 Jahren setzte sie sich für bessere Lebensbedingungen der Dominiko-HaitianerInnen ein, weigerte sich zu schweigen angesichts offenkundiger Ungerechtigkeiten. 1983 gründete sie gemeinsam mit anderen die Organisation MUDHA (Movimiento de Mujeres Domínico-Haitianas – Bewegung dominiko-haitianischer Frauen), die gegen die extreme Rechtlosigkeit der Landarbeiterinnen in Fragen der Staatsbürgerschaft, Gesundheit, Arbeitsrechte, Bildung und Wohnen ankämpfte.

einzulösen, eine Fülle von neuen Herausforderungen im Zusammenleben mit Kindern, aber auch sich ändernde individuelle Bedürfnisse wirken einer effektiven Reduzierung der Haushaltstätigkeiten entgegen. Am anderen Pol der globalen Entwicklungen kämpfen Frauen um das nackte Überleben ihrer Familien.

Nicht zuletzt führen Verschlechterungen in der Krankenversorgung oder im Pensionssystem dazu, dass Pflegearbeiten verstärkt im privaten Haushalt geleistet werden. Dabei greifen finanzkräftige Haushalte häufig auf die Unterstützung durch Migrantinnen zurück, die meist unter extrem prekären Bedingungen leben und auf diese Beschäftigungen angewiesen sind. Der Pflegenotstand in Österreich hat auch zu einem „Brain-drain" geführt: qualifiziertes Pflege- und medizinisches Personal aus den benachbarten „neuen" EU-Ländern wird zu Dumpingpreisen angeworben für die Pflege unserer Alten und Kranken rund um die Uhr – ihren Herkunftsländern fehlt dieses Fachpersonal und der Gesellschaft die Frauen. Und nicht selten arbeiten Akademikerinnen aus den östlichen Nachbarländern in österreichischen Haushalten als Putzfrauen.

Der strukturelle Zwang für Frauen, unentgeltlich Hausarbeit zu leisten, bedeutet nicht nur die materielle Versorgung (Einkauf, Zubereitung von Nahrung, Instandhaltung der Wohnung und Kleidung), sondern vor allem weibliche Zuständigkeit für das emotionale Wohlbefinden des (Ehe-)Mannes und die psychische Stabilität der Familie. Dieser Aufwand an weiblicher Beziehungsarbeit wird jedoch kaum wahrgenommen.

Der Begriff „Doppelbelastung" vermag die unterschiedlichen – auch gegensätzlichen – Anforderungen nicht zu erfassen. Frauen sollen im Erwerbsleben Durchsetzungsvermögen zeigen, aber in persönlichen Beziehungen in der Familie „selbstlose Liebe" schenken. Diese ganz verschiedenen Handlungsanforderungen rufen hohe Belastungen hervor. Zudem wird den Frauen Beziehungsarbeit nicht nur im familiären Bereich, sondern in wechselseitiger Abhängigkeit auch in beruflichen und in allen anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten abverlangt.

Frauen sind also nicht genauso wie Männer unterdrückt und noch zusätzlich belastet, sondern ihre Unterdrückung ist von anderer Qualität. Dieser nach wie vor wirksame Zirkel sozialer Ausgrenzung bildet eine Struktur, die immer wieder die Hierarchie der Geschlechterverhältnisse hervorbringt. Das sichert die Verfügbarkeit der weiblichen Arbeitskraft nach der kapitalistischen Verwertungslogik ebenso wie ihre Ausnutzung im privaten Bereich und reproduziert damit patriarchale Strukturen.

Gewachsene Ansprüche

Die politischen und diskursiven Erfolge der Frauenbewegungen, steigende Berufstätigkeit und wachsende Qualifikation veränderten das Bewusstsein von Frauen. Sie stellen höhere Ansprüche an partnerschaftliche Beziehungen: Anerkennung, liebevoller Umgang, geistiger Austausch und erfüllte Sexualität werden als Bedürfnisse formuliert. Mangelnde sozialökonomische Absicherung, Stress, übermäßiger Kräfteverschleiß und Entfremdung der Gefühle stehen in Widerspruch zu diesen Ansprüchen und bilden den Hintergrund für aufreibende Konflikte. Das Ideal einer lebenslangen

Agnes Primocic

geboren am 30. Jänner 1905 in Hallein, Österreich
gestorben am 14. April 2007 in Hallein, Österreich

Agnes Primocic wuchs mit ihren fünf Geschwistern in einer Halleiner Arbeiterfamilie auf, begann mit 16 Jahren in einer Tabakfabrik zu arbeiten und kämpfte als Gewerkschafterin und kommunistische Betriebsrätin für gerechte Arbeitsbedingungen. Sie wurde wegen der Organisation eines Streiks später entlassen. Während des 2. Weltkrieges sammelte sie Geld für die Familien politisch Verfolgter, unter anderem organisierte sie die Flucht des Kommunisten und Spanienkämpfers Sepp Plieseis aus dem Außenlager Hallein des KZ Dachau und verhinderte gemeinsam mit einer Genossin die Erschießung von 17 zum Tode Verurteilten in diesem Lager. Nach dem Krieg war Agnes Primocic u.a. Landessekretärin der KPÖ Salzburg. Im hohen Alter besuchte sie Schulen und erzählte lebendig von ihren Erlebnissen und Erfahrungen des Widerstandes.

Ehegemeinschaft ist brüchig geworden. Fast jede dritte – und im städtischen Bereich jede zweite – Ehe wird wieder geschieden.

Ein neues Selbstverständnis vor allem junger Frauen, die auf die Erfüllung ihrer Ansprüche nicht verzichten wollen, steht im Widerspruch zu einem Prozess, der die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür unterminiert.

Der gesellschaftliche Wandel der vergangenen Jahre hat auch Spuren in der Haltung zu Kindern hinterlassen. Er drückt sich in größer werdenden Teilen der Bevölkerung im Eingehen auf kindliche Bedürfnisse, in der Ablehnung von autoritärem und gewalttätigem Verhalten, in längeren Stillzeiten, aber auch in den Diskussionen um eine neue, bewusste Vaterschaft aus. „Neue Väter" zeigen sich heute allerdings nicht nur bei der tatsächlichen Übernahme von Verantwortung in der Betreuung von Kindern, sondern nicht selten auch im Gewand rückwärtsgewandter biologistischer Ideologien: Das „Recht auf das eigene Fleisch und Blut" artet bei Trennungen von Eltern mitunter in Machtkämpfen um das Kind aus, in welchen die biologische Vaterschaft über die soziale Verantwortung gegenüber dem Kind gestellt wird. Oft werden die Kämpfe um das väterliche Sorgerecht auch aus finanziellen Erwägungen geführt, um Alimentationszahlungen zu schmälern.

Hingegen veränderte sich die Bereitschaft von (Ehe-)Männern, Hausarbeit zu übernehmen, kaum. Selbst dann, wenn Frauen berufstätig sind, bleibt der Großteil der Hausarbeit an ihnen hängen. Bei der Beschäftigung mit Kindern übernehmen Väter (durchschnittlich täglich eine halbe Stunde) meist jene Tätigkeiten, die Spaß machen – spielen, sporteln –, während den Müttern die Versorgungs- und Betreuungsarbeit (täglich im Schnitt ein-ein-viertel Stunden) bleibt. Keine Spur also von „Halbe/Halbe": Die zaghaften Ansätze eines veränderten Rollenverhaltens erfahren im Zeichen der neuen zeitökonomischen Bedingungen, in denen Erwerbsarbeit geleistet wird, sogar einen Rückwärtstrend.

Familienpolitik und Kinderbetreuung

Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind massiv von Armut bedroht. Noch stärker als die Kinderzahl wirkt sich jedoch aus, ob nur ein Einkommen zur Verfügung steht oder beide Partner berufstätig sind und wie hoch deren Einkommen ist. Es liegt also auf der Hand, dass eine entsprechende Lohn- und Arbeitsmarktpolitik die beste „Familienpolitik" ist. Im Widerspruch dazu stehen sinkende Lohnquoten und steigende steuerliche Belastungen der einzelnen Haushalte. Das von konservativen Kräften verfolgte steuerliche Ehegattensplitting würde eine „Belohnung" für den Verzicht – der Frauen – auf Erwerbstätigkeit bedeuten, die zudem an die Männer ausbezahlt würde.

Kinderbetreuung auch im 21. Jahrhundert unbefriedigend

Erste Ansätze, wie das verpflichtende Kindergartenjahr im fünften Lebensjahr des Kindes – das ja auch die Verpflichtung der Kommunen bedeutet, entsprechende Plätze und ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen –, oder die Abschaffung des Elternbeitrages, also der „Gratis-Halbtags-Kindergarten", gehen in die richtige Richtung, lösen aber viele drängende Probleme nicht.

Die gesellschaftliche Bewertung der Tätigkeit

Bertha von Suttner

geboren am 9. Juni 1843 in Prag, Österreich-Ungarn
gestorben am 21. Juni 1914 in Wien, Österreich

Bertha Sophia Felicitas von Suttner, eine österreichische Pazifistin, Friedensforscherin und Schriftstellerin, erhielt 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis. Ihr Portrait schmückte den 1000-Schilling-Schein Österreichs.
Ihr bekanntestes Buch „Die Waffen nieder" ist ein pazifistisches Standardwerk.
Mit ihrem Engagement war Bertha von Suttner im Juni 1904 eine bedeutende Teilnehmerin der „Internationalen Frauenkonferenz" in Berlin, bei der sie einen Vortrag hielt. Die Konferenz endete mit einer Friedensdemonstration in der Philharmonie. Im gleichen Jahr bereiste sie die Vereinigten Staaten von Amerika. Anlass dazu war der Weltfriedenskongress in Boston (Massachusetts). Die „Friedensbertha" reiste unermüdlich und hielt bis zu drei Vorträge täglich, um vor dem Ausbruch des Krieges zu warnen.

von Menschen – fast ausschließlich Frauen – die außerfamiliäre Kinderbetreuung leisten, ist eine Zumutung. Die Entlohnung dieser anspruchsvollen und verantwortungsvollen Arbeit und die allgemeine Anerkennung liegen unter den meisten „männlichen" Erwerbsarbeiten, zum Beispiel im Baugewerbe.

Dazu kommen Arbeitsbedingungen mit viel zu großen Kindergruppen und allzu oft in Räumlichkeiten, die für die Betreuung von kleinen Kindern nicht geeignet sind.

Die propagierte „Wahlfreiheit" zwischen Beruf und Familie gibt es für die große Mehrheit der Frauen nicht. Weder für die erwerbsarbeitslosen Frauen noch für jene, die mit ihrem Verdienst die finanzielle Existenz der Familie sichern, und schon gar nicht für die wachsende Anzahl von Alleinerzieherinnen sowie für die vielen Migrantinnen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt prinzipiell verwehrt wird. Auch zehntausende Frauen in ganz Österreich, die wegen fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen nicht berufstätig sein können und in der Arbeitslosenstatistik gar nicht erst aufscheinen, haben keine Wahl zwischen Berufs- oder Familienarbeit. So ist es im Interesse aller Frauen, das Recht auf eine existenzsichernde Erwerbsarbeit mit radikaler Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu erkämpfen.

Ein Kreislauf von Diskriminierungen

Die Verpflichtung der Frau für die Familie, begründet mit ihrer angeblichen wesensmäßigen Andersartigkeit, dient der Aufrechterhaltung von Eigentums- und Machtstrukturen. Das bürgerliche Familienmodell dient dem Profitinteresse des Kapitals, gesellschaftlich notwendige Arbeit zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft weitgehend unentgeltlich abschieben zu können. Von Beginn an befand sich die konservative Familienideologie durch die Beschränkung der Frau auf die Familie aber auch im Widerspruch zu jenen ökonomischen Interessen des Kapitals, weibliche Arbeitskräfte nach Bedarf in der Produktion und im Dienstleistungsbereich einzusetzen.

Dieser Widerspruch wurde in der langen fordistischen Periode kapitalistischer Entwicklung durch eine staatliche Familienpolitik abgefedert, die sich tendenziell nach den konjunkturellen Schwankungen richtete und ein Spannungsfeld für politische und ideologische Kämpfe erzeugte.

Die politischen und sozialen Grundlagen für diese Form von Familien wurden durch den neoliberalen Umbau der Gesellschaften weiter unterminiert. Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse treffen zunehmend auch die männerdominierten Branchen des Arbeitsmarktes. Perioden von Überarbeitung und Erwerbsarbeitslosigkeit wechseln sich ab, das „Ein-Ernährer-Familien-Modell" kann kaum noch gelebt werden. Die geforderte totale Flexibilität auf der Suche nach Erwerbsarbeit und zusätzlich zunehmend nur befristet ausgestellte Mietverträge machen es schwer, private und familiäre Netze dauerhaft zu knüpfen und zu pflegen.

Der Alltag von Alleinerziehenden und Patchwork-Familien ist aber, wenn alles halbwegs funktionieren soll, mit großen Anspannungen und Organisations- und Moderationsaufwand verbunden. Auch dieser wird in der Regel von Frauen erwartet.

Ceija Stojka

geboren am 23. März 1933 in Kraubath an der Mur, Österreich
gestorben am 28. Januar 2013 in Wien, Österreich

Ceija Stojka, als Romni in der Steiermark geboren, war als Kind von 1941 bis 1945 mit ihrer Mutter und vier Geschwistern in den Konzentrationslagern Auschwitz, Ravensbrück und Bergen Belsen interniert. Sie überlebten als einzige ihres 200-köpfigen Familienverbandes. 1988 und 1992 veröffentlichte Ceija Stojka Erinnerungsbücher über ihre Zeit in den Lagern. Damit verschaffte sie dem Schicksal der Roma, Sinti und Lovara während des Nationalsozialismus Aufmerksamkeit in der österreichischen Öffentlichkeit. Auch in ihren bildnerischen Arbeiten sowie als Sängerin bezeugte sie die Erlebnisse der Konzentrationslager und setzte sich damit auseinander. Anlässlich einer Ausstellungseröffnung im Jahr 2004 sagte sie: „Ich habe zum Stift gegriffen, weil ich mich öffnen musste, schreien."

Ein neuer Anlauf oder Altersarmut?

Für viele Frauen eröffnen sich in der Zeitspanne zwischen 40 und 60 Jahren neue Freiräume: Die Kinder sind selbstständig, Frauen können sich nun voll auf ihren Beruf konzentrieren oder versuchen, nach einer Familienphase wieder in den Beruf einzusteigen. Allerdings bietet die Gesellschaft den Frauen nur wenige Möglichkeiten, nun ihre Leistungsfähigkeit zu entfalten. Am Arbeitsmarkt werden weibliche Arbeitskräfte schon ab 35 als „alt" abgewertet.

Die von der Kosmetik- und Modebranche gepriesenen „besten Jahre im Leben einer Frau" bedeuten oftmals: Die Rückkehr in den Beruf ist schwierig, wenn nicht unmöglich, denn die „Familienpause" verhinderte berufliche Qualifikation oder Weiterbildung. Dieser „verpasste Anschluss" zwingt viele Frauen zu Hilfstätigkeiten. Oder sie bleiben, weil Arbeitsplätze fehlen, von ihrem Mann abhängig und unfreiwillig überhaupt vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die Erwerbsarbeitslosigkeit älterer Frauen steigt in erschreckendem Ausmaß – dennoch wurden die Möglichkeiten für Frühpensionierungen bei langer Arbeitslosigkeit oder Krankheit erschwert bzw. abgeschafft; dennoch wurde die Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters für Frauen auf 65 Jahre fixiert und wird ständig Druck ausgeübt, die volle Wirksamkeit dieser Verschlechterung weiter vorzuziehen.

Die systematische Diskriminierung der Frau im Erwerbsleben sowie die Zuweisung unbezahlter Frauenarbeit setzen sich im Pensionsrecht fort. Rund 70 Prozent der BezieherInnen der Ausgleichszulage sind weiblich, Frauen stellen das Gros der MindestsicherungsempfängerInnen, ihre durchschnittliche Pensionshöhe lag bei den unselbstständig Beschäftigten insgesamt im Jahr 2012 bei 835 Euro, bei den männlichen Pensionisten bei 1.353 Euro, für Arbeiterinnen gar nur bei 625 Euro und für Arbeiter bei 1.065 Euro. In allen Bezugsvarianten ist die Schere zwischen Männer- und Frauenpensionen nach wie vor vorhanden. Schlechte Entlohnung in Frauenbranchen, Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse führen zu niedrigen Pensionen oder dazu, im Alter überhaupt keine Absicherung zu haben. Ab 2014 mit Inkrafttreten des Pensionskontos zählt jedes Beitragsjahr, also auch jedes schlechte. Die gesamte Lebensarbeitszeit für die Pensionsbemessung heranzuziehen, hat eine weitere Senkung der Frauenpensionen zur Folge und wird durch die Einrechnung von Zeiten für die Kindererziehung nicht ausgeglichen.

Die Gewährung der Ausgleichszulage für Eheleute und eingetragene Partnerschaften hängt neben der Pensionshöhe auch – wie der Anspruch auf Notstandshilfe oder Mindestsicherung – vom Haushaltseinkommen ab. Wenn also das gemeinsame Haushaltseinkommen den Richtwert übersteigt, verliert die Frau trotz Kleinstpension auch diesen Anspruch. Da für viele Frauen die Eigenpension so gering ist, verhindert die (inzwischen ebenfalls umstrittene) Hinterbliebenenpension für Frauen lediglich das Absacken unter das Existenzminimum.

Materielle Unsicherheit, Armut und soziale Isolation treffen Frauen in den letzten Lebensjahren, nachdem sie lange Jahre mit einem Mann zusammenlebten, besonders. Frauen leben länger als Männer. Hinzu kommt, dass auch heute noch der Partner zumeist älter ist als die Partnerin. Während allerdings die Lebenserwartung von

Nguyễn Thị Minh Khai

geboren 1910 in Vinh, Vietnam
gestorben 1941 in Saigon, Vietnam

Nguyễn Thị Minh Khai, in einem kleinen Dorf geboren und aufgewachsen, war 1927 eine der GründerInnen der Neuen Revolutionären Partei von Vietnam, einer Vorläuferin der Kommunistischen Partei. 1930 ging sie nach Hongkong und wurde Mitarbeiterin von Ho Chi Minh im Orient Büro der Komintern. Von 1931 bis 1934 war sie Gefangene der Britischen Verwaltung in Hongkong. 1934 freigekommen, nahm sie am 7. Komintern-Kongress in Moskau teil. 1936 kehrte sie nach Vietnam zurück und wurde die Führerin der KommunistInnen. Von der französischen Kolonialmacht vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt, wurde sie 1941 hingerichtet. Heute wird Nguyễn Thị Minh Khai in Vietnam als kommunistische Revolutionärin verehrt, Schulen, öffentliche Gebäude und Straßen sind nach ihr benannt.

verheirateten Männern steigt, sinkt die von Ehefrauen. Ehemänner leben durchschnittlich fast zwei Jahre länger als Alleinstehende. Umgekehrt kostet das Bündnis fürs Leben durchschnittlich ganze anderthalb Jahre, die verheiratete Frauen früher sterben als unverheiratete.

Tendenz zum Ausschluss

Dem weiblichen Diskriminierungskreislauf sind in besonderem Maß jene Frauen ausgeliefert, die der Verwertungslogik des Kapitals am wenigsten entsprechen. Vor wenigen Jahrzehnten haben Faschisten behinderte Menschen als „unwertes Leben" kategorisiert und massenhaft ermordet. Heute, in einer Gesellschaft, die von der Sucht nach Profit beherrscht wird, gelten Menschen mit Behinderung als Arbeitskraft „minderer Güte", von deren Beschäftigungsverpflichtung sich Betriebe durch einen Bagatellbetrag freikaufen können. Sie sind Opfer von Kürzungsprogrammen (z.B. beim Pflegegeld), verfügen meist über wenig Geld und sind in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt.

Frauen mit Behinderung sind häufig Opfer von Vergewaltigung oder sexueller Belästigung. Noch immer sehen Ärzte unter Umständen ihre Sterilisation als selbstverständliches Verhütungsmittel an. In der bunten Warenwelt, die den KäuferInnen Jugend, Schönheit und sexuelles Glück verspricht, haben Menschen mit Behinderung, seelisch Kranke, Alte und abgearbeitete Menschen keinen Platz. Alle diese Gründe führen zu einer Tendenz des Ausschlusses in einer Gesellschaft, die Solidarität mit Benachteiligten als überholt betrachtet und sie ausschließlich karitativen Institutionen überlässt.

Entsolidarisierung prägt auch den Lebensalltag von MigrantInnen: Als billige Arbeitskraft einstmals gerufen, sind sie und ihre Kinder und Enkel heute oft Diskriminierung, ja Verfolgung und Menschenverachtung ausgesetzt. Eine neue Ausbeutungsform findet sich in den Arbeitsverhältnissen jener Menschen, meist Frauen aus den neuen EU-Mitgliedsländern, die zur Pflege alter und kranker Menschen nach Österreich kommen. Ohne ihre befristeten und mit Dumpingpreisen entlohnten Dienste würde unser Gesundheits- und Pflegesystem zusammenbrechen.

Kampf um den Sozialstaat in der Krise

Der Neoliberalismus denunziert das „Soziale" als gar nicht existent oder aber hoffnungslos veraltet. Der Druck auf sozialstaatliche Systeme der Sicherung der Menschen wurde in den letzten drei Jahrzehnten mit allen Mitteln erhöht. Nicht zuletzt die EU-Richtlinien, die von allen nationalen Regierungen der Mitgliedsländer unterstützt und mit beschlossen wurden – von den Maastricht-Kriterien über den Fiskalpakt bis zum aktuell diskutierten Wettbewerbspakt – führen in der Folge zum finanziellen Ausbluten der Sozialstaaten zugunsten der weiteren Umverteilung nach oben.

Die feministische Kritik an der Ausrichtung vieler sozialstaatlicher Regelungen an einer idealen männlichen Erwerbsbiographie wurde umgewertet und konnte so zum Teil im Rahmen der Zerstörung des Modells „Sozialstaat" genutzt werden. Ebenso wurde berechtigte Kritik an Gewerkschaften und einseitigen betrieblichen Auseinandersetzungen umgedeutet und für die grundsätzliche Entpolitisierung und Schwächung der de-

Oswalda Tonka

geboren 1923 in Wien, Österreich
gestorben 1999

Oswalda Tonka wuchs in einer engagierten kommunistischen Familie auf und trat als 16-Jährige dem illegalen Kommunistischen Jugendverband bei. Sie arbeitete als Kaufmännische Angestellte und beteiligte sich an Sabotageakten in ihrem Betrieb. Im Sommer 1944 schloss sie sich in Kärnten den PartisanInnen an und war bis Kriegsende als Funkerin tätig. „Da ist mir das ganze Kriegshandwerk zuwider gewesen, obwohl ich wusste, man musste sich zur Wehr setzen... Dieses ganze Kriegshandwerk muss verhindert werden, weil es die Menschen verändert", sagt sie in einem Interview in dem Buch „Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand Österreich 1938 – 1945" (Hg. Karin Berger, Elisabeth Holzinger, Lotte Podgornik, Lisbeth N. Trallori, Promedia Verlag).

mokratischen Instrumente des Kampfes um bessere Lebensbedingungen eingesetzt. Kritik am fordistischen Paternalismus wurde so zum Totschlagargument gegen das „Soziale".

Es gab und gibt kaum differenzierte Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung sozialer Standards. Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen werden als Maßnahmen gegen das „Festhalten an Privilegien mit Betonkopf-Image" ausgelegt. Ausgrenzung oder aber eine Instrumentalisierung von einzelnen Aspekten und Forderungen der (Frauen-) Bewegungen durch ihre Umwertung begleiteten die Durchsetzung neoliberalen Denkens bei Mehrheiten in der Bevölkerung.

Mit der Verankerung neoliberalen Denkens bei vielen Menschen, die in irgendeiner (wenn auch sublimierten) Form von Erwerbsarbeit leben, werden aber die Beziehungen in der Sphäre der Erwerbsarbeit als vollkommen unpolitische, rein sachlich-technische akzeptiert. Gar nicht mehr wahrgenommen wird, dass diese Sachlichkeit vom Kapital und seinen Akteuren definiert wird. Der scheinbar natürlichen selbsttätigen kapitalistischen Logik kann in einer entpolitisierten Arbeitswelt nichts mehr entgegen gesetzt werden.

Die Abschaffung der sozialstaatlichen Regelungen wird als Befreiung von Bevormundung und Einschränkung der individuellen Handlungsmöglichkeiten dargestellt. Freiheit und Gerechtigkeit können aber nicht mit seiner Abschaffung, sondern nur durch die Erweiterung des Sozialstaates – nicht zuletzt um feministische Forderungen und Perspektiven – angestrebt werden.

Unsere Orientierungen

Der Kampf um soziale Verbesserungen, um Reformen und Gesetze, wie zum Beispiel ein umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz, schärft das Bewusstsein für mögliche Veränderungen. Langfristig geht es bei diesen Veränderungen aber nicht nur um die soziale Absicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Reproduktionsarbeit für Frauen, sondern auch um eine Umverteilung und Neubewertung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern und die Fragen: welche Arbeit ist sinnvoll, wie sind gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten aufzuteilen, welche Techniken brauchen wir, um Güter und Dienste für unseren Alltag herzustellen und welche sind einfach verzichtbar oder sogar schädlich und gefährlich?

Unterschiedliche Formen des Zusammenlebens (Wohngemeinschaften, Ehe und Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen, Singles, AlleinerzieherInnen u.a.) dürfen keine Diskriminierungen nach sich ziehen. Das Steuer- und Sozialrecht ist gegenüber allen Formen des Zusammenlebens neutral zu gestalten. Ein Abgehen von der Individualbesteuerung ist ebenso abzulehnen wie der Druck gegen das System der Pflichtversicherung, um es durch eine Versicherungspflicht abzulösen, mit der die soziale (Alters-)Vorsorge privatisiert und so den Profit- und Spekulationszwecken von Versicherungsgesellschaften zugeführt wird.

Die Forderung nach gesellschaftlichen Lösungsansätzen für familiäre Arbeit bedeutet für uns nicht die Auflösung von Intimität und persönlichen Beziehungen, sondern

Hedy Urach

geboren am 20. August 1910 in Wien, Österreich
gestorben am 17. Mai 1943 in Wien

Hedwig Urach wuchs in einer Wiener Arbeiterfamilie auf, war gelernte Schneiderin, nd als Lehrling kam sie zum Kommunistischen Jugendverband, in dem sie politische ildung erwarb und Gelegenheit zu politischem Handeln fand. 1931 wurde sie an die ternationale Lenin-Schule in Moskau delegiert, nach der Rückkehr im folgenden Jahr wurde sie Mitglied des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes. Nach der Annexion durch die deutschen Nationalsozialisten für vier Monate inhaftiert, wurde Hedy Urach von der KPÖ zu ihrem Schutz nach Belgien geschickt. Dort wurde sie nach der Besetzung durch die Deutschen interniert, konnte aber im gleichen Jahr nach Österreich zurückkehren, wo sie in der Leitung der illegalen KPÖ mitarbeitete. 1941 wurde sie inhaftiert und zum Tode verurteilt. Nach einem halben Jahr in der Todeszelle wurde sie hingerichtet.

bessere Möglichkeiten für deren Entfaltung. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und die Entlastung von Hausarbeiten schaffen Bedingungen für die Intensivierung von Beziehungen, den Ausbau freundschaftlicher Kontakte, für gesellschaftliche, politische und kulturelle Aktivitäten.

Ebenso wie den Ausbau des sozialen Wohnbaus, der ausreichenden Wohnraum für alle zu erschwinglichen Mieten sichern soll, verlangen wir ein Verbot von Maklerunwesen und die strafrechtliche Verfolgung von Ablösewucher. Der Explosion der Wohnkosten – sowohl der Mieten als auch der Betriebskosten – am privaten Wohnungsmarkt, die aber auch im Gemeindesektor zu unzumutbaren Erhöhungen geführt haben, muss durch klare gesetzliche Regelung zur Beschränkung entgegengetreten werden. Wohnen darf keine Ware, Wohnraum kein Spekulationsobjekt sein! Die öffentliche Hand muss für ausreichenden und erschwinglichen Wohnraum sorgen.

Darüber hinaus schlägt die KPÖ ein Modell der Energiegrundsicherung vor, das ökologische Überlegungen beinhaltet und jedem privaten Haushalt Leistungen eines Energieversorgers garantiert, die ein menschenwürdiges Wohnen ermöglichen.

Der Ausbau und die Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln sind ein entscheidender Schlüssel für eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Entwicklung. Die tatsächliche – nicht potenzielle – Mobilität der Menschen ist aber auch ein Hinweis auf den demokratischen Zustand und die soziale Ausgeglichenheit einer Gesellschaft. Deshalb treten wir dafür ein, dass öffentliche Verkehrsmittel prinzipiell gratis genutzt und durch Umverteilung finanziert werden.

Der Ausbau und die qualitative Verbesserung ganztägig geöffneter Gratis-Kinderbetreuungseinrichtungen mit kleinen Gruppen, bester pädagogischer Betreuung, Förderung individueller Neigungen durch ein entsprechendes Angebot für kreative und sportliche Betätigung und geschlechtersensible Pädagogik bieten Kindern die Chance, über die Familie hinaus soziale Erfahrungen zu sammeln und Eigenständigkeit zu üben. Das Einkommensniveau der in der Kinderbetreuung und in anderen Sozialberufen Tätigen muss den Löhnen in Schlüsselindustrien angeglichen werden.

Gerade die Belastungen und Zumutungen des Alltags vieler Frauen machen deutlich, wie drängend und dringend die Frage nach sozialer- und Existenzsicherheit gestellt werden muss. Wir unterstützen Forderungen, die Sozialleistungen erhalten, ausbauen und den Sozialstaat den Bedürfnissen von Frauen entsprechend umgestalten, und wir verteidigen alle bereits bestehenden Leistungen gegen Angriffe. Sie sind jener Teil des gesellschaftlichen Reichtums, den die Arbeitenden für sich selbst – und zugleich für alle anderen – erkämpft haben.

Soziale Sicherheit ist eine Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft, für Freiheit und die Möglichkeit der eigenständigen Lebensgestaltung. Sie ist durch Umverteilung von oben nach unten auch künftig finanzierbar. Sowohl im Sinne der (Neu-) Verteilung von Zeit, Geld und Arbeit als auch gegen die wachsende Armut sind eine existenzsichernde Grundsicherung ohne

Terezija Urbančič, genannt Slavka

geboren 1903 in Remschenig/Remšenig
gestorben 1997 ebendort

Während des Zweiten Weltkrieges lebte Terezija Urbančič mit ihren drei Kindern im Verborgenen in ihrem Heimatort, während ihr Mann bei den Kärntner PartisanInnen Widerstand gegen den Faschismus leistete. „Bei uns waren ja oft die Partisanen, beim Šein in Vellach, überhaupt nachdem mein Mann zu den Partisanen gegangen war. Damals habe ich nur so gehorcht, wann uns die Deutschen holen kommen", sagte sie in einem Interview, das im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in der Reihe „Erzählte Geschichte" veröffentlicht wurde. Terezija Urbančič versuchte mit den Kindern einer Verhaftung zu entgehen. Als ihr Versteck verraten wurde, schloss sie sich als Köchin den PartisanInnen an. Nach dem Krieg legte sie beredtes Zeugnis ab vom Mut und den Entbehrungen der PartisanInnen.

Restriktionen bzw. ein von Erwerbsarbeit unabhängiges bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen notwendig.

Wir sind für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, für ihre Mitsprache und Mitentscheidung auf allen Ebenen; für eine Ergänzung des kausalen Unfall- und Behindertenrechts durch eine final orientierte, flächendeckende Pflegesicherung mit ausreichenden Geld- und Sachleistungen. Verschlechterungen beim Zugang zum Pflegegeld sind rückgängig zu machen, es muss als Geldleistung bestehen bleiben und in seiner Höhe den jeweiligen Preissteigerungen in allen Konsum- und Verbraucherbereichen angepasst werden. Wir verlangen eine in ganz Österreich geltende einheitliche Sozialgesetzgebung und wenden uns gegen einen Regress bei Pflege- oder anderen Sozialleistungen.

Die Inanspruchnahme von Menschenrechten kann nicht von der StaatsbürgerInnenschaft abhängig sein, daher muss die Kluft von Rechten zwischen österreichischen StaatsbürgerInnen und MigrantInnen in Österreich aufgehoben und so die politische und soziale Gleichheit hergestellt werden. •

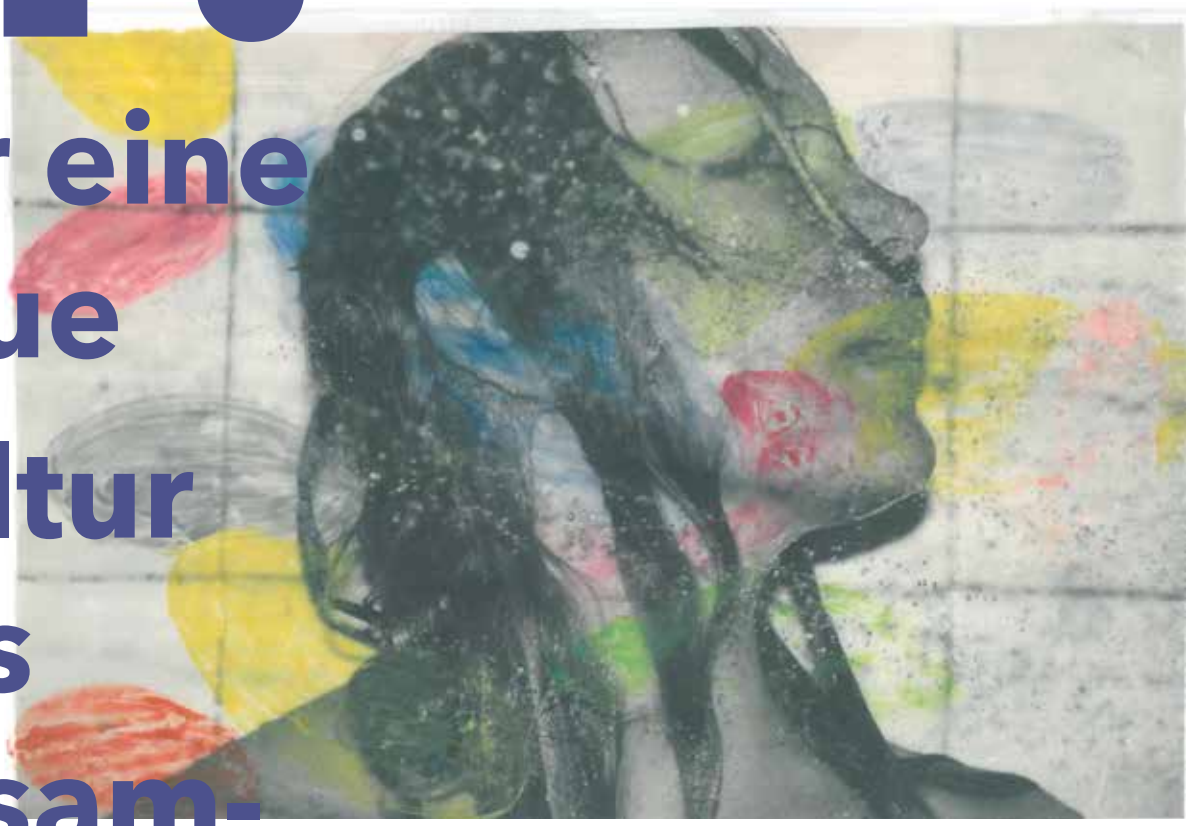
Marie Langer

geboren am 31. August 1910 in Wien, Österreich
gestorben am 22. Dezember 1987 in Buenos Aires

Marie Langer war Maturantin der Schwarzwaldschule in Wien und engagierte sich bereits in der 1. Republik bei den „Ärzten für den Frieden". Von 1933 bis 1938 war sie Mitglied der KPÖ. Nach Abschluss ihrer psychoanalytischen Ausbildung ging sie als Feldärztin nach Spanien zu den Internationalen Brigaden. Nach der Niederlage der Spanischen Republik gelangte sie nach Südamerika, Uruguay, Mexiko und Nicaragua. Ab 1942 hielt sich Marie Langer in Argentinien auf und war Gründungsmitglied der Psychoanalytischen Gesellschaft und Mitgründerin der linksoppositionellen Plataforma, die sich später von der Psychoanalytischen Vereinigung abspaltete. Auf den Schwarzen Listen der argentinischen Terrororganisation AAA, floh sie 1974 nach Mexiko und baute in den 80er Jahren zur Unterstützung der sandinistischen Revolution in Nicaragua die Internationale Vereinigung für mentale Gesundheit auf.

4.

Für eine neue Kultur des Zusam-men-lebens



Nicht nur in der gesellschaftlichen Produktion und in der Familie, sondern auch in allen kulturellen, ideologischen, religiösen Bereichen ist weibliche Diskriminierung wirksam. Der Begriff „Sexismus" beinhaltet das ganze System von Vorurteilen, Herabwürdigungen und Benachteiligungen der Frauen. So wie der Begriff „Rassismus" keine Charakteristik „heller" oder „dunkler" Menschen enthält, sondern den weltanschaulich formulierten Glauben daran ausdrückt, dass „Weiße" höher stehen als andere, geht es auch beim Sexismus um die Aufrechterhaltung der Rangunterschiede zwischen den Geschlechtern.

Die seit Jahrtausenden herrschende patriarchale Kultur hat Männlichkeit zu einem universellen Prinzip erhoben, in dem der Mensch mit dem Mann gleichgesetzt wird. Die Frau gilt als „das Andere", die Abweichung von der Norm, oder wird mit der Natur identifiziert. Frauen haben offiziell keine Geschichte. Sie finden als Randerscheinung, bestenfalls in Fußnoten eine Erwähnung. Erst die von Feministinnen und frauenpolitisch engagierten Menschen betriebene Erforschung ihrer eigenen Geschichte öffnete den Blick auf den weiblichen historischen Raum.

Die männliche Dominanz spiegelt sich auch in der Sprache wider: Noch immer scheinen Frauen in Texten und Denkmustern nicht auf, werden sie in männlichen Begriffen/Bezeichnungen „mitgemeint" und ihnen untergeordnet. Aber Wertorientierungen werden gerade durch sprachliche Formen übermittelt. Sie stehen in enger Beziehung zur sozial-ökonomischen Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Dabei werden Arbeiten in wichtig und unwichtig eingeteilt. Wichtigen Menschen muss unwichtige Tätigkeit abgenommen werden. Letztere hat allerdings oft an sich, dass ohne sie gar nichts funktionieren würde.

Sexismus ist ein Strukturmerkmal der Gesellschaft. Wobei diese strukturelle Gewalt gegen Frauen oft derart in das „normale" Denken und alltägliche Verhalten integriert ist, dass sie nicht mehr wahrgenommen wird. Aber patriarchale Macht und Kontrolle sind auch dort vorhanden, wo Frauen die männliche Vorherrschaft verinnerlicht haben und gar nicht in Frage stellen. Ein Geflecht aus Missachtung weiblicher Leistungen, herabwürdigender Behandlung, sexistischer Witze, verbaler Obszönitäten, sexueller Belästigungen am Arbeitsplatz oder auf der Straße und struktureller Missachtung individueller Lebensplanung ist auch heute, nach Jahrzehnten feministischer und frauenpolitischer Bewusstseinsarbeit, wirksam und zementiert Gewaltverhältnisse.

Die Wirkung der Bilder

Die patriarchalen Bilder von Weiblichkeit und die herrschenden Vorstellungen über das Männliche prägen beide Geschlechter. Daher rührt auch die ambivalente Einstellung vieler Frauen zu ihren geistigen Fähigkeiten, zu ihrer Körperlichkeit und Sexualität. Obwohl gerade in der Werbung primitiver Sexismus weiterhin eine große Rolle spielt, tragen heute die Werbelinien von Plakaten und die Produktwerbung in Fernsehen und Medien andererseits oft einem veränderten Frauenbild Rechnung. Nicht mehr die betuliche Hausfrau vergangener Zeiten, sondern die gertenschlanke, mode- und selbstbewusste und offensichtlich kaufkräftige Konsumentin steht im Mittelpunkt. In diesem Raster ha-

Gisela Klara Figdor

geboren am 9. Juni 1882 in Hohenems, Vorarlberg, Österreich
gestorben am 18. Januar 1942 in Wien

Die Vorarlbergerin Gisela Klara Figdor wurde am 10. Juli 1940 aus „rassischen" Gründen von Hohenems nach Wien zwangsumgesiedelt. Sie wehrte sich als einzige von den Deportierten aus Hohenems lautstark und öffentlich – vergeblich – gegen ihre Zwangsumsiedlung. In Wien im provisorischen jüdischen Krankenhaus Malzgasse 16 ist sie zwei Jahre später gestorben.
1937 zählte die jüdische Gemeinde in Hohenems nur mehr 38 Mitglieder. 1939 wurde die Gemeinde aufgelöst, das Vermögen der Kultusgemeinde beschlagnahmt. Von den in Hohenems geborenen und/oder längere Zeit am Ort wohnhaften jüdischen Frauen kamen in der NS-Zeit auch folgende ums Leben: Emma Bloch, geb. Brettauer; Paula Goldschmied, geb. Rosenthal; Melanie Glanz, geb. Schwarz; Frieda Nagelberg; Sofie Spitzer, geb. Bernauer; Klara Wallensteiner, geb. Reichenbach; Louis Weil (Listen von Yad Vashem).

ben alte Frauen keinen Platz, außer es wird für Medikamente gegen Demenz oder Inkontinenz geworben. Wohingegen „reifere" Frauen als willkommene Werbeträgerinnen für faltenfreie Haut ins Bild gestellt werden. Für Frauen, die nach wie vor mehr als Männer über ihren Körper und ihr Aussehen taxiert werden, bedeutet Altern oft, unsichtbar zu werden, im wörtlichen und übertragenen Sinn: nicht mehr wahrgenommen zu werden. Den Frauen wird suggeriert, ihr Aussehen als unverzichtbares Kapital für beruflichen Aufstieg und gesellschaftlichen Erfolg eigenverantwortlich zu managen. An der neoliberalen Zurichtung der Körper verdienen Schönheitschirurgen, Kosmetik- und Pharmaindustrie, Hochglanzmagazine und Fernsehshows. Der normierte Körper in einer entsolidarisierten Leistungsgesellschaft trägt wesentlich zur Pornographisierung des öffentlichen Raumes bei.

Zunehmend verschwimmen die Grenzen zwischen Werbung und Pornographie. Nicht die Darstellung von nackten Körpern oder von sexuellen Handlungen irritiert, sondern die entwürdigende Darstellung von Frauen und ihre Degradierung als Gratisbeigabe zu einer x-beliebigen Ware sind zu bekämpfen. Die Inflation von verdinglichter Sexualität in Medien und Werbung mündet in der Selbstverständlichkeit des Sich-verkaufen-Müssens: als Arbeitskraft oder als sexuelles Objekt.

Obwohl wir sehen, dass die neuen Möglichkeiten digitaler Kommunikation einen sehr breiten Zugang zu Informationen, einen schnellen Austausch über Interessenslagen und die Organisierung von widerständigen Aktivitäten auf breiter Ebene bieten, nehmen wir auch wahr, dass soziale Medien und Internetplattformen zu unüberlegter Freizügigkeit und Preisgabe intimer Details verführen, die unauslöschlich gespeichert und zu neuen Diskriminierungen bis hin zu „Shitstorms" und Erpressungen führen können. Der Kreislauf aus Anbieten und Konsumieren lässt die persönlichen Beziehungen nicht unberührt. Ökonomische Klassenrealität und patriarchale Strukturen sind auch in intimen Bereichen wirksam. Besitzdenken, Angst vor Versagen, das Gefühl, auf dem Prüfstand zu stehen, stützen den Kapitalismus ebenso wie das Patriarchat. Sie führen zur Perfektionierung der eigenen Verwertbarkeit für die herrschenden Interessen und damit zu defensiven Lebenshaltungen. Aber die aktive Teilnahme am politischen Leben und am Klassenkampf basiert auf einer offensiven Lebenseinstellung. Das bedeutet im marxistischen Sinn: sich zu den eigenen Lebensbedingungen bewusst zu verhalten, als Frauen eine eigene Identität zu entwickeln. Für Frauen und Männer gilt, die langfristigen Interessen an humanen Beziehungen zwischen den Geschlechtern und Generationen nicht wegen kurzfristiger Vorteile zu verdrängen. Denn Anpassung bedeutet, an Unterdrückung teilzuhaben, Verhältnisse zu reproduzieren, in welchen die Entwicklung der Einen die relative Entwicklungslosigkeit der Anderen zur Voraussetzung hat.

Für das Recht auf Selbstbestimmung

Frauen sind von Geburt an – nach Klassenlage, nationaler und ethnischer Herkunft, religiösen Traditionen und kulturellem Umfeld – jeweils verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt. Zwischen extremen körperlichen und subtileren Formen der psychischen und sozialen Gewalt besteht

Violeta Parra

geboren am 4. Oktober 1917 in San Carlos, Chile
gestorben am 5. Februar 1967 in Santiago de Chile

Als Tochter eines Musiklehrers und einer Landarbeiterin verbrachte sie mit acht Geschwistern eine Kindheit in Armut. Von klein auf lernte sie, traditionelle Volkslieder zu singen und mit der Gitarre zu begleiten. Mit staatlicher Unterstützung wurde sie in Santiago zur Lehrerin ausgebildet und bereiste als Sängerin Europa. Später wurde sie mit ihren keramischen Arbeiten und textilen Techniken erfolgreich. Mit ihrer Sammlung musikalischer Folklore aus den ländlichen Gebieten Chiles und der Poesie bereitete Violeta Parra den Grund für die Bewegung „Das Neue Chilenische Lied", das folkloristische Elemente mit religiösen und sozialkritischen Inhalten des Protestes verband. Nach dem Putsch in Chile wurde Violeta Parra zum Synonym für das unter der Militärdiktatur leidende und kämpfende Chile.

ein Zusammenhang. Vergewaltigung oder sexueller Kindesmissbrauch sind männliche Machtmittel gegenüber Frauen und Schwächeren. Wie die kriegerischen Seiten der Menschheitsgeschichte und wie jüngste kriegerisch ausgetragene Konflikte deutlich machen, ist Vergewaltigung Teil der männlich-patriarchalen Kriegsführung, sie ist Machtbeweis gegenüber besiegten „Mutterländern" und deren mit der „Okkupation des Weiblichen" gedemütigten Männer. Sexualmoral – ob einst auf Verzicht ausgerichtet oder jetzt unter den Vorzeichen von Freizügigkeit – wirkt seit je als Instrument patriarchaler Kontrolle. Gezielte sexuelle Stimulation als Bestandteil der Vermarktung von Waren aller Art und die damit suggerierte Vorstellung, eigene Begierden über den Kauf dieser Waren ausleben zu können, dienen Profit- und Herrschaftsinteressen. Sie lenken ab von der schleichenden Entdemokratisierung und sollen soziale Unsicherheit und gesellschaftliche Kälte kompensieren. Ebenso kommen die geschlechtsspezifischen Muster in der kommerziell verwerteten Sexualität der herrschenden Klasse zugute.

Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen fällt es Frauen schwer, eine eigenständige Sprache, Selbstentwürfe und Ansprüche zu entwickeln. Im patriarchalen Zwangskorsett ist es schwierig, eigene lustvolle Utopien über selbstbestimmte weibliche Sexualität zu erfahren. Ihrem eigenen Wesen entfremdet und erzogen, anderen zu gefallen, erleben viele Frauen auch ihre Sexualität als fremdbestimmt. Erst die „Neue Frauenbewegung" gab sehr vielen Frauen den Mut, offen die patriarchalen sexuellen Regeln abzulehnen. Frauen haben begonnen, das Recht zu beanspruchen, über den eigenen Körper zu verfügen und statt Anpassung eigene Lust zu erleben. Die Ausrichtung ihrer Bedürfnisse nach männlichen Wunschvorstellungen wurde im Zuge der Diskussionen in der Neuen Frauenbewegung hinterfragt. Das Entdecken des eigenen Körpers brach mit Tabus und brachte Frauen ein neues Selbstverständnis. Die Liberalisierung der Sexualität hatte also auch ermöglicht, freier und offener über weibliche Bedürfnisse zu sprechen.

Lesbische Frauen, die in der Frauenbewegung aktiv sind, haben diese Diskussionen stark beeinflusst und manche von ihnen erklärten lesbische Beziehungen zu ihrem politischen Programm. Patriarchale Denkmuster beider Geschlechter halten es nicht für möglich, dass statt Männern auch Frauen im Zentrum des Begehrens von Frauen stehen können und Lebens- und Sexualpartnerinnen sind. Die Ignoranz gegenüber lesbischer Liebe erzeugt in vielen lesbischen Frauen das Gefühl, nicht „normal" zu sein. Lesbische Frauen im Kampf gegen Diskriminierungen und das freie Bekenntnis zu ihrer sexuellen Orientierung zu unterstützen, erfordert oft auch von heterosexuell orientierten Frauen, eigene Verhaltensmuster, gedankliche Einstellungen und sexuelle Empfindungen zu reflektieren.

Queerfeministinnen machen u.a. auf die Heteronormativität unserer Gesellschaft, Trans- und Intersexlebensrealitäten und die Intersektionalität von Identitäten aufmerksam. Herrschaft wird nicht zuletzt über die Normierung unserer Körper und Sexualität ausgeübt. Wir müssen uns nicht nur Schönheitsidealen und Gesundheitsdiktaten

Hanna Sturm

Geboren am 28. Februar 1891in Klingenbach/Klimpuh, Österreich
Gestorben am 9. März 1984 in Zagreb, Jugoslawien

Als Kind bis zu 14 Stunden täglich am Feld, besuchte Hanna Sturm die Schule nur zwei Jahre lang. In der Zuckerfabrik Siegendorf organisierte sie ihren ersten Streik, trat 1907 der Sozialdemokratie bei, lernte lesen und schreiben. 1911 nahm sie an den ArbeiterInnenstreiks in Wien teil, arbeitete mit Bela Kuhn in der ungarischen Räteregierung und wurde 1924 österreichische Delegierte bei einem Kominterntreffen in Moskau, danach Vorsitzende des Arbeitslosenkomitees in Eisenstadt. Sie wurde aus der SPÖ ausgeschlossen und trat der KPÖ bei. Nach den Februarkämpfen 1934 unterstützte sie die illegale Arbeit der KPÖ im Burgenland, wurde mehrmals verhaftet. Im März 1938 kam sie nach Dachau, an ihr wurden medizinische Versuche durchgeführt, 1939 kam sie ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Nach der Befreiung trat sie als Mitbegründerin der Lagergemeinschaft Ravensbrück und als KPÖ-Mitglied gegen die Verhöhnung der Opfer des Faschismus auf.

anpassen, Körper und Verhalten werden zudem in eine konstruierte Zweiteilung in das „Männliche“ und „Weibliche“ eingeordnet. Heteronormativität bedeutet, dass heterosexuelles Begehren und das herrschende Mann-Frau-Körper- und -Rollenbild als „das Normale“ gesetzt und Abweichungen davon sanktioniert werden. Auch die biologische starre Geschlechterzweiteilung ist konstruiert. Intersexpersonen kommen mit „uneindeutigen“ Geschlechtsmerkmalen zur Welt, die in massiven operativen und medikamentösen „vereindeutigenden“ Eingriffen an die Zweigeschlechternorm angepasst werden – auf Druck von Medizin und Gesellschaft oft bereits gleich nach der Geburt bis hin zur Pubertät, und das lange Zeit unhinterfragt. Transgenderpersonen können und wollen sich nicht einem der beiden exklusiven Geschlechter zuordnen. Viele Schwierigkeiten und Diskriminierungen müssen überwunden werden, damit wir in einer Gesellschaft leben können, in der geschlechtsidentitäre Vielfalt, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung respektiert werden. Biografien und Identitäten sind immer intersektionell, es gibt nie „die Frauen“, sondern es spielen immer Klasse, Herkunft, Bildung, Beruf, Alter, Sexualität, Hautfarbe etc. eine Rolle für die spezifischen Interessen der Einzelnen. Die Herausforderung ist, in aller Unterschiedlichkeit einen gemeinsamen politischen Kampf der Unterdrückten zu entwickeln.

Frauen und Männer müssen sich bewusst mit ihren aus patriarchalen Zwängen entstandenen sexuellen Konditionierungen auseinandersetzen. Die in unserer Gesellschaft grundgelegte Konsumhaltung auch in der Sexualität missachtet die Identität von Frauen, verhindert aber auch die Entwicklung differenzierter männlicher Bedürfnisse und autonomer weiblicher Visionen von Erotik. Sie entwertet persönliche Beziehungen und reduziert Sexualität auf Fortpflanzung und männliche Lust. Sexualität ist aber wichtiger Bestandteil menschlicher Kommunikation. Zu ihrer Entfaltung bedarf es ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Veränderungen.

Gendergerechte Medizin

Gesundheit ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit und Krankheit haben geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bewertungen und Erscheinungsweisen. Jahrtausende lang galt der menschliche Körper als männlich, an ihm wurde geforscht, experimentiert, Behandlungen von Krankheiten orientierten sich an maskulinen Sichtweisen. Die Medizin war Männerdomäne, Frauen wurden erst vor hundert Jahren zum Medizinstudium zugelassen.

In den 1990er Jahren gewann mit frauenspezifischen Forschungsfeldern auch die Gendermedizin an Bedeutung. Dabei wurden interessante Erkenntnisse gewonnen. So etwa haben Frauen häufiger stumme Herzinfarkte als Männer, die Symptome zeigen sich hier bei Frauen anders und die Todesrate ist höher, Frauen leiden häufiger an Alzheimer- und Stoffwechselerkrankungen, empfinden Schmerzen kürzer als Männer und haben doppelt so häufig Depressionen. Frauen haben durchschnittlich eine um fünfeinhalb Jahre höhere Lebenserwartung, Männer weisen eine dreimal höhere Selbstmordrate auf.

Gisela Tschofenig-Taurer

geboren am 21. Mai 1917 in St. Leonhard, Kärnten, Österreich
gestorben 1945

Wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ des Vaters wurde die Eisenbahnerfamilie von Villach nach Linz versetzt. 1937 zu den Interbrigaden nach Spanien zu kommen, gelang ihr nicht, zurück in Linz, arbeitete sie als Kassiererin am Hauptbahnhof und war in der illegalen KPÖ Verbindungsfrau zu Sepp Teufl. Ihren späteren Mann Josef Tschofenig lernte sie in Amsterdam kennen, er wurde nach dem Einmarsch der Nazis verhaftet und in das KZ Dachau eingeliefert. 1944 heirateten beide am Standesamt II in Dachau. Im gleichen Jahr wurde sie wegen staatsfeindlicher politischer Betätigung durch die Gestapo verhaftet und in das Frauengefängnis Kaplanhof eingeliefert. Den Bombenangriff auf das Gefängnis im März 1945 überlebte sie und kam in das Arbeitserziehungslager Schörgenhub. Am 27. April 1945 wurde ihr befohlen, mitzukommen, nachts waren Schüsse zu hören, am nächsten Tag hatte eine der Aufseherinnen die Bergschuhe von Gisela Tschofenig an.

Diese Erkenntnisse dringen erst langsam ins öffentliche Bewusstsein: Gesundheit ist auch eine Frage des Geschlechts und der sozialen Verhältnisse. Armut ist weiblich und macht krank. Neben den biologischen Unterschieden wie Körpergewicht oder Hormonhaushalt sind psychosoziale Faktoren ausschlaggebend für den Gesundheitszustand. Frauen haben andere Lebensrealitäten, ihr Stress unterscheidet sich von dem der Männer: Das männliche Rollenbild bewirkt, dass sich ihr Verständnis von Gesundheit in riskanterem Verhalten widerspiegelt, während Frauen Aggressionen eher nach innen wenden. Frauen nehmen dreimal so häufig Kopfwehmittel, Männer greifen öfter zum Alkohol oder anderen Drogen, Frauen schlucken häufiger Tabletten und Psychopharmaka.

Auf alle diese Faktoren nimmt die Medizin nur langsam und die Pharmaindustrie kaum Rücksicht. Klinische Studien oder Medikamente wurden die längste Zeit am jungen weißen Mann ausgerichtet und getestet, Frauen waren davon ausgeschlossen. Erst in jüngerer Zeit fand man z. B die geschlechterverschiedene Wirkung von Aspirin heraus: Während dieses Medikament Frauen mehr vor Schlaganfällen schützt, wirkt es bei Männern häufiger gegen einen Herzinfarkt.

Das herrschende Gesundheitssystem bevorzugt Männer, die auch häufiger als Frauen über größere ökonomische Ressourcen zur Behandlung von Krankheiten verfügen. Der männliche Zugang zum Gesundheitsverständnis ist eher ein technokratischer. Frauen haben ein höheres Gesundheitsbewusstsein, was sich in häufigeren Vorsorgeuntersuchungen zeigt. Bei Frauen ist auch eine höhere Akzeptanz von natürlichen oder alternativen Heilmethoden festzustellen.

Patriarchaler Fortpflanzungswahn

Patriarchat bedeutet sowohl die Unterwerfung des Gebärvermögens der Frau als auch Kontrolle über die Fortpflanzung der unterdrückten Klassen. Der Versuch der Emanzipation der Menschen durch das Urchristentum wurde mit der konstantinischen Wende ins Gegenteil verkehrt. Mit der sich herausbildenden Institution „Amtskirche“ entstand allmählich eine unheilvolle Allianz aus sexualpessimistischer, körperfeindlicher Einstellung und staatlicher Bevölkerungspolitik. Ihr Ziel war, genügend „Menschenmaterial“ zu produzieren: Das Kapital verlangte Arbeitskräfte und der Staat Soldaten. Die Kirchenhierarchie betrieb die ideologische Zurichtung der Bevölkerung. Geschlechtsverkehr durfte nur in der Ehe, und zwar ausschließlich zum Zweck der Fortpflanzung, stattfinden. Die Sucht, über Ehevorschriften zu wachen, das Geschlechtsleben zu kontrollieren und Sinnlichkeit mit Schuld und Sühne zu beladen, konnte und kann an uralten Werten patriarchaler Herrschaft anknüpfen. Sie wurde durch den Zölibat verschärft, in den Sexualneurosen und Frauenhass eingewoben sind. Der Ausbruch religiöser Exzesse, nicht zuletzt Folter und Hexenverbrennungen, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen, vergiftete das Zusammenleben von Frauen und Männern über Generationen.

Auch heute herrscht in der Kirche eine patriarchale Sexualmoral vor, die jedoch auf innerkirchlichen Widerstand stößt. Manche Vertreter der Amtskirche scheinen sich in höherem Maß um die befruchtete Eizelle zu sorgen als um die weltweite Hochrüstung und Millionen Hungertote, sie mobilisieren gegen Verhütungsmittel, Sexualaufklärung und „Ehen ohne Trauschein“.

Maria Ehmer

geboren am 15. Oktober 1910 in Gmünd, Österreich
gestorben am 23. November 1992 in Gmunden, Österreich

ls eines von elf Kindern besuchte Maria Ehmer fünf Klassen Volksschule und drei Klassen Bürgerschule und arbeitete danach in einer Wirkwarenfabrik, später als Verkäuferin. Mit ihrem Mann Josef Ehmer, einem SPÖ-Funktionär, trat sie 1930 der KPÖ bei. gagiert in den Februarkämpfen 1934, brachte das der Familie Haft, Arbeitslosigkeit, Not. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten beteiligte sich das Ehepaar an illegalen Flugblattaktionen und sammelte Geld für die Familienmitglieder inhaftierter GenossInnen. Am 3. Oktober 1944 wurde Maria Ehmer verhaftet. Trotz brutaler Verhöre in Linz und Mauthausen gab sie die Namen von SpenderInnen für die Rote Hilfe nicht preis. Nach der Befreiung, die Maria Ehmer schwer verletzt erlebte, bieb sie weiterhin politisch für die KPÖ aktiv undwar Mitglied des Bundes Demokratischer Frauen und des KZ-Verbandes Gmunden.

Das Verbot von Verhütung und Abtreibung ist eine Klassenfrage. Im vorigen Jahrhundert wurden Arbeiter, die Kondome benützten, eingesperrt, während in bürgerlichen Kreisen Pessare aus Gold gehandelt wurden.
Bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts waren jene Frauen, die in Österreich wegen eines illegalen Eingriffs vor Gericht standen, vorwiegend Arbeiterinnen, Küchengehilfinnen, Mägde. Deshalb ist die Fristenregelung 1975 ein bedeutender Erfolg der Frauenbewegung, weil sie bekanntlich die Straffreiheit für einen Schwangerschaftsabbruch bis zum vollendeten dritten Monat brachte.
Rechtskonservative und klerikale Kreise haben sich aber nie mit der Fristenlösung abgefunden und setzen in Zeiten einer rechtskonservativen Wende erneut zu massiven Angriffen auf den Schwangerschaftsabbruch an, wie Beispiele aus den USA, aber auch aus EU-Europa – wie zu Beginn des Jahres 2014 besonders in Spanien – und immer wieder auch in Österreich zeigen.
Noch immer ist in Österreich ein Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetz verankert. Die Fristenlösung gewährt lediglich Ausnahmen, die nicht unter Strafe stehen und steht somit weiter im strafrechtlichen Raum. In finanziell aufwendigen Kampagnen werden Frauen unter Druck gesetzt, wird der Abbruch der Schwangerschaft mit Mord gleichgesetzt. Je mehr der Fötus in den Rang einer eigenständigen Person erhoben wird, desto weniger wird die Frau als Subjekt geachtet. Damit wird ihr das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen, streitig gemacht. Die Entscheidung einer Frau, eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen zu lassen, kann nur sie selbst treffen. Für diese Entscheidung muss sie Beratung und psychozoziale Begleitung in Anspruch nehmen können. Aufklärung über Verhütung und kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln helfen, ungewollten Schwangerschaften vorzubeugen.

Neue Fortpflanzungstechnologien (Reproduktionstechnologien) werden zielstrebig entwickelt. Dabei dienen Frauen als Rohstofflieferantin und Objekt für Experimente für die Kosmetikindustrie, geschäftstüchtige ÄrztInnen und Agenturen oder ehrgeizige WissenschafterInnen. Ei- und Samenzellen und retortengezeugte Embryonen werden für gentechnische Experimente verwendet. Mit Möglichkeiten, durch Klonen lebende Ersatzteillager zu erschaffen, wird spekuliert und damit experimentiert. Mit gentechnischen Eingriffsmöglichkeiten in menschliche Keimbahnen und der Propagierung vorgeburtlicher Diagnosen gewinnt auch die überwunden geglaubte Eugenik – also die Unterscheidung von „wertem und unwertem" Leben – wieder an Boden.

Vom Aufbruch der Frauenbewegung

Die Frauenbewegungen in Europa und den USA entwickelten vor Jahrzehnten eine Dynamik, deren objektive Ursachen in innerkapitalistischen Widersprüchen wurzelten. Diesen Aufschwung bezeichnen viele als „Neue Frauenbewegung", auch um auf Unterschiede zur Frauenbewegung des vorvorigen und der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hinzuweisen.
Es gibt aber auch Kontinuitäten dieser Bewegungen. In Österreich setzte sich trotz der Polarisierung und Vereinnahmung der Frauen durch die Parteien nach 1945 eine mit der revolutionären ArbeiterInnenbewegung verbundene demokratische Frauenbewegung für einen gemeinsamen Kampf der Frauen für ihre Rechte ein. Die großen Friedensak-

Flora Tristan

geboren am 7. April 1803 in Paris, Frankreich
gestorben am 14. November 1844 in Bordeaux, Frankreich

Als Tochter eines peruanischen Adligen und einer Französin hatte sich Flora Tristan nach ihrer Trennung von einem gewalttätigen Ehemann und nach einer abenteuerlichen Flucht nach Peru zuerst in den 1830er Jahren in Paris als Frauenrechtlerin und Sozialistin engagiert.
1843 (vier Jahre vor dem Kommunistischen Manifest) rief sie in einer Kampfschrift („l'union ouvrière") die Proletarier auf, sich in einer Arbeiterunion zu organisieren. In ihren Büchern hatte Flora Tristan von ihren Beobachtungen und Erlebnissen ihrer Reise nach Peru, später von ihren Erkundungen der Lebensverhältnisse von ArbeiterInnen, Prostituierten und von Gefängnissen und Irrenhäusern in London berichtet. Die Frauenrechtlerin, Frühsozialistin und Schriftstellerin trat mit dem Saint-Simonisten Barthelmy Prosper Enfantin für die Freie Liebe ein.

tivitäten gegen Aufrüstung und Krieg und gegen Atomkraftwerke wurden wesentlich von Frauen getragen. Verbesserungen im Arbeits- und Sozialrecht, deren Aushöhlung wir heute bekämpfen, konnten durchgesetzt werden (z.B. Mutterschutz-, Heimarbeits-, Familienrechts-, Gleichbehandlungsgesetz u.a.) Während der Hochkonjunktur in den 1960er Jahren stieg in den kapitalistischen Ländern die Berufstätigkeit der Frau deutlich an. Gleichzeitig drangen Frauen in alle Bereiche der Bildung vor, qualifizierten sich, eroberten neue Positionen. Mit der Verbreitung von neuen Verhütungsmitteln („die Pille") erhielten Frauen bisher unbekannte Möglichkeiten, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Eine Welle sexueller Freizügigkeit – von manchen als „Revolution" erlebt – brach mit Tabus. Im Aufbruch der antiautoritären StudentInnen-Bewegung begannen Frauen, die eigene Situation kritisch zu überdenken und sich politisch zu äußern.

Die Kunst kultureller Entfaltung

Kultur ist ein Sammelbegriff für menschliche Lebensäußerungen und somit politisch. Frauen haben sich lange Strecken der Kulturgeschichte selbst verleugnet und patriarchalen Normen und Wertvorstellungen untergeordnet. „Die Frau ist das erste menschliche Wesen, das in Knechtschaft kam. Die Frau wurde Sklavin, ehe der Sklave existierte." (August Bebel) Die Geringschätzung und Verachtung der von Frauen entwickelten Fähig- und Fertigkeiten wie Ackerbau, Sammeln und Konservieren von Nahrung, Weben, Flechten, Töpfern beraubte Frauen ihrer eigenen Geschichte und machte sie sprachlos. Es bedurfte großer historischer Zeiträume, ehe sich die matriarchale Ordnung in patriarchale Herrschaftsverhältnisse umwandelte und Frauen aus vielen Kulturbereichen verdrängt und ausgeschlossen wurden. Olympe de Gouges stellte der „Erklärung der Menschenrechte" eine „Erklärung der Frauenrechte" an die Seite und landete 1793 auf dem Schafott.

Sich der verschütteten Kulturleistungen von Frauen bewusst zu werden und den Zugang zu allen kulturellen und künstlerischen Bereichen zu erkämpfen, ist das Verdienst vieler mutiger Frauen in der Menschheitsgeschichte und der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen der letzten zwei Jahrhunderte. Faschismus und Kriege haben diese Bemühungen immer wieder zurückgeworfen. Die Neue Frauenbewegung hat vor 50 Jahren die maskulin besetzten Inhalte von Kunst und Kultur in zahllosen Initiativen und Publikationen kritisiert und auf das Fehlen von Frauen in allen kulturellen Bereichen aufmerksam gemacht. In „unerhörten" Aktionen verschafften sich feministische Kulturwissenschaftlerinnen und Künstlerinnen Gehör und holten die „Frauenfrage" aus dem Schatten des „Nebenwiderspruchs" und der Umklammerung männlicher Wertmaßstäbe ins Sichtbarmachen kulturell aktiver Akteurinnen. Es entstanden feministische Zeitschriften, Buchhandlungen, Verlage und Frauenarchive, Medienfrauen oder schreibende Frauen schlossen sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammen, Künstlerinnen und Galeristinnen schufen feministische Entwürfe und eigene Aktionsfelder, etwa im Theater- oder Filmbereich oder im Literaturbetrieb. Auch in der KPÖ hat es diese feministischen kulturellen Aufbrüche und Projekte gegeben, und sie wurden auch finanziell unterstützt und ideell begleitet. Die Enteignung des Vermögens der KPÖ durch die deutsche Treuhandgesellschaft hat diese Möglichkeit stark reduziert.

Hannah Arendt

geboren am 14. Oktober 1906 in Hannover, Deutschland
gestorben am 4. Dezember 1975 in New York City, USA

Hannah Arendt wuchs in einem sozialdemokratischen jüdisch-assimilierten Elternhaus in Königsberg auf, studierte Philosophie, Theologie und Klassische Philologie in Marburg, Freiburg im Breisgau und Heidelberg. Die Entrechtung und Verfolgung von Menschen jüdischer Abstammung seit 1933 sowie ihre eigene kurzzeitige Inhaftierung im selben Jahr veranlassten sie zur Emigration aus Deutschland. Vom nationalsozialistischen Regime 1937 ausgebürgert, war sie staatenlos, bis sie 1951 die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt. 1961 nahm Arendt als Reporterin der Zeitschrift „The New Yorker" am Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem teil. Daraus entstand eines ihrer bekanntesten Bücher „Eichmann in Jerusalem" mit dem Untertitel „Ein Bericht von der Banalität des Bösen". Mit ihrem Totalitarismusbegriff untersuchte sie außerdem die strukturelle Parallelen von Faschismus und Stalinismus.

Heute sind die Spuren dieses Engagements in vielen Bereichen der Kunst und Kultur sichtbar, doch droht dieser feministisch-gesellschaftspolitische Aufbruch zu stagnieren oder ausgehungert zu werden. Die Lasten der aktuellen Krise, die auch im Kunst- und Wissenschaftsbetrieb zuerst auf Frauen und ihre Projekte abgewälzt werden, stellen alle Menschen vor die Frage, ob eine demokratische Gesellschaft auf diese Erfahrungen und Erkenntnisse feministischer Arbeit verzichten kann und will. Der „Kunstgriff" auf Leben, Reproduktion, Technik und Wissenschaften bedarf einer kritischen Distanz durch Kulturschaffende, die der Instandsetzung und Restauration patriarchalen Selbstverständnisses einen Gegenentwurf bieten.

Gemeinsam sind wir stark

Die Frauenbewegungen entzündeten sich an unerträglichen Diskrepanzen: Am schönen Schein der Konsumwelt und der banalen Wirklichkeit von Ausbeutung und Herabsetzung. „Gemeinsam sind wir stark" lautete die Devise des Aufbruchs in den 1970er Jahren. Frauen erhoben Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung. Sie wollten alles: Beruf und Liebe, Kinder und politische Verantwortung, Brot und Rosen. 1974 formierte sich die Frauenbewegung im breiten Protest gegen den Paragraph 144 und für die Forderung nach dem Recht der Frau auf Selbstbestimmung. In den 1980er Jahren entstanden die politischen Plattformen für den Internationalen Frauentag am 8. März und Frauen-Sommeruniversitäten. Aber auch andere gemeinsame Aktionsfelder dienten dem praktischen Erfahrungsaustausch, der Frauenvernetzung und der theoretischen Diskussion. Das bunte Bild der österreichischen Frauenbewegung reichte von autonomen Frauengruppen, feministischen Wissenschaftlerinnen, linken Katholikinnen bzw. Christinnen, Frauen aus Frauenhaus- und Frauenprojekten, der Lesbenbewegung bis hin zu Frauenfriedens- und Umweltgruppen, Frauenausschüssen von Parteien und Gewerkschaften, Fraueninitiativen und Frauenberufszusammenschlüssen, Frauenkultur-, Kommunikations- und Selbsterfahrungsgruppen. In diesem frauenbewegten Aufbruchsklima blieben tatsächlich vorhandene Unterschiede zwischen Frauen unbenannt. Erst als es in den 1980er Jahren Frauen – zumindest ansatzweise – gelang, feministische Positionen in Lehre, Forschung, Institutionen oder Projekten zu erkämpfen, gewannen ideologische Auseinandersetzungen – wie die Auseinandersetzung über die Differenz unter Frauen – an Bedeutung. Fragen wurden und werden bis heute diskutiert, welche weibliche Lebensrealität theoretische Beachtung finden und welche ausgeblendet bleiben, welche politischen Strategien Frauenunterdrückung beenden könnten, welche Auswirkungen Klasse, Ethnie und Geschlecht auf das handelnde Subjekt Frau haben, ob Geschlechterverhältnisse in sozialen Zusammenhängen konstruiert und somit dekonstruierbar sind, oder ob genau diese Deutung des Geschlechterverhältnisses als bloßes kulturelles Konstrukt ohne Wirklichkeitsgehalt nicht vielmehr kolonial und ethno-zentristisch sei.

Von der Solidarität zur Konkurrenz

Nicht zuletzt der Wettbewerb um beruflichen Zugang, Aufstieg und Anerkennung ließ Frauen in Konkurrenz zueinander treten und relati-

Tina Modotti

geboren am 16. August, 1896 in Udine, Italien
gestorben am 6. Januar 1942 in Mexico-Stadt, Mexiko

Nachdem Tina Modotti 1913 alleine von Italien aus ihrem Vater in die USA nachgereist war, arbeitete sie zunächst in San Francisco als Näherin, fertigte Batiken an und hatte kleine Auftritte auf Bühnen in San Francisco. 1915 lernte sie den kanadischen Maler und Dichter Roubaix del' Abrie Richey (Robo) kennen, den sie 1917 heiratete und der 1922 starb. Als Lieblingsmodell des renommierten Fotografen Edward Weston und dessen Geliebte folgte sie ihm 1923 nach Mexiko, um das Foto-Handwerk zu erlernen. 1924 stellte sie ihre Arbeiten in einer Ausstellung mit Weston erstmals vor. 1927 trat sie der PCM bei, arbeitete für die sandinistische „Manos fuera de Nicaragua" und nahm an Demonstrationen für Sacco und Vanzetti teil. Im Juni wurde in Mexiko die kommunistische Partei verboten, die Eröffnung der Modotti-Ausstellung in Mexiko-Stadt 1929 geriet zur politischen Demonstration.

vierte den Traum von Harmonie und Frauensolidarität. Die zum „Staatsfeminismus" avancierten Frauenanliegen, die in Gleichbehandlungskommissionen, Gendermainstreaming, Frauenbeauftragten, Frauenministerinnen, Frauenreferaten usw. ihren Ausdruck fanden, standen plötzlich mit autonomen Frauenprojekten, die in verstärktem Maß um Finanzierung, also Überleben kämpften, in Konkurrenz.
Noch ehe patriarchale Strukturen aufgebrochen wurden, entstanden für die Frauen ab Mitte der 1980er Jahre härtere Bedingungen. Arbeitslosigkeit, verschärfte Konkurrenz am Arbeitsmarkt, sexistische Medienstrategien, Privatisierungspolitik und konservative Familienideologien drängten die Frauenbewegung in Abwehrkämpfe. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise mit ihren sozialen Ausgrenzungen, mobilisierten Deklassierungsängsten und wiederauflebenden Biologismen, vor allem aber vor dem Hintergrund des beginnenden Abbaus sozialstaatlicher Sicherungs- und Unterstützungssysteme schien die Zeit reif zu sein für Antifeminismen und die Reprivatisierung der „Frauenfrage".
Unter dem Dogma des Neoliberalismus droht nun bereits Erkämpftes weitgehend wegzubrechen. Zunehmend geraten Frauen unter ökonomischen und sozialen Druck, und Vorstellungen von einem eigenständigen Leben rücken für viele in weite Ferne. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte waren es die Konkurrenzen unter Frauen, soziale Differenzen und politische Fraktionierungen, die zur Stabilisierung des patriarchalen Systems vereinnahmt werden konnten.
Die Unterschiede in den Lebenssituationen von Frauen werden hervorgestrichen und es wird schwieriger, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Frauen sehen sich heute nicht nur als Opfer, sondern auch als Handelnde im Spektrum des Möglichen: Komplizinnenschaft und eigene Anpassung bleiben Themen. Aber die Widerspenstigen, Querdenkerinnen und Revolutionärinnen sind es, die uns Mut machen.

Frauen am Beginn des 21.Jahrhunderts

Frauenprojekte, die Frauen neue Handlungsfelder und Arbeitsweisen eröffnet hatten, führen einen ständigen Überlebenskampf um marktwirtschaftliche Nischen oder staatliche Zuschüsse. Autonome Frauenprojekte geraten in Abhängigkeit von Institutionen. Frauenreferate, eben noch Ausdruck von Demokratiebestrebungen, bekommen die Dominanz der übergeordneten Organisation zu spüren. Feministische Forschung drang in die etablierte Wissenschaft vor und ist in Gefahr, vereinnahmt zu werden. Fach- und berufsspezifische Zusammenschlüsse von Frauen in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Kunst drohen in Lobbyistinnentätigkeiten abzugleiten. Quotierte Personalentscheidungen in Politik und Wirtschaft, einst als berufliche Ein- und Aufstiegshilfen gedacht, drohen heute der Lächerlichkeit ausgesetzt zu sein und werden von manchen Frauen selbst abgelehnt: Der patriarchal geschürte Makel, eine „Quotenfrau" zu sein, trübt den Blick für tatsächliche Leistung. Der geschlechterquotierte Zugang in Wirtschaft und Politik wie auch in der gesellschaftlichen und häuslichen Arbeitsteilung ist jedoch ein brauchbares Instrument gegen weibliche Benachteiligungen.

Dennoch: Die Arbeit in Frauengruppen und -projekten hat die Frauen selbst verändert und ihren Blick für Demokratie und Selbstbestimmung geschärft. So leicht sind diese Erfahrungen nicht wegzuwischen. Neue Auf-

Adele Stürzl

geboren am 23. November 1892 in Wien, Österreich
gestorben am 30. Juni (oder 16. August) 1944 in München

Im Alter von zehn Jahren verlor sie ihre Mutter und wurde als „Kindsdirn" nach Südmähren gebracht. Sie arbeitete als Magd auf einem Pfarrhof, kehrte dann nach Wien zurück und arbeitete auch in einem Budapester Haushalt, wo sie den Schneider Hans Stürzl traf und heiratete.
Adele Stürzl, eine Dienstmagd, kämpfte als junge Frau, zunächst Sozialdemokratin, später Kommunistin, gegen Unrecht, Krieg, Hunger und den aufziehenden Faschismus. Als sie einem Deserteur zur Flucht verhelfen wollte, wurde sie im Juni 1942 von der Gestapo verhaftet. Sie war im Innsbrucker Landesgefangenenhaus eingesperrt, im März 1944 wurde sie nach München überstellt und am 13. April zum Tode verurteilt. Am 30. Juni 1944 (nach anderen Quellen am 16. August) wurde sie in München-Stadelheim durch das Fallbeil hingerichtet.

brüche wie etwa das Frauenvolksbegehren, das 645.000 beglaubigte Unterschriften erhielt, oder die „Plattform 20000frauen“, die 2011 zum 100jährigen Jubiläum der ersten Frauentagsdemonstration in Österreich mehr als 10.000 Frauen zu einer Demonstration auf die Wiener Ringstraße mobilisierte, zeigen, dass Frauen nicht gewillt sind, sich den patriarchalen Zuschreibungen und der Kapitaloffensive gegen ihre Rechte zu beugen. Eine neue Qualität in der Zusammenarbeit von Frauen ist entstanden, und sie formiert sich auch um sozialökonomische Forderungen, die eine Durchbrechung neoliberaler Konzepte verlangen. Auch das Management entdeckt die Frau – vielmehr die Sensibilität – als neue Führungsqualität und erhofft von Frauen in Leitungspositionen Anregungen für den Modernisierungsschub. Das berufliche Engagement der Frauen wird in kapitalistische Leistungsideologie kanalisiert, und den von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen wird die Alternative nahegelegt, sich selbstständig zu machen, kreativ zu sein, Marktnischen auszuforschen – ungeachtet der zahlreichen Insolvenzen von kleinen Firmen oder Ich-AGs und der fehlenden finanziellen Voraussetzungen für eine solche Entscheidung.

Marxistinnen sind gefordert, die Geschlechterproblematik historisch und in ihrer aktuellen Bedeutung aufzuarbeiten und zu analysieren. Sie ist nicht als Nebenwiderspruch fassbar und kein gesellschaftliches Politikfeld bleibt unberührt. Mit der Veränderung kapitalistischer Verhältnisse löst sich die Frauenfrage nicht „automatisch“. Der Kampf gegen patriarchale Strukturen einer Gesellschaft muss eigenständig geführt werden. Der Feminismus orientiert auf die Aufhebung des Patriarchats als gesellschaftliches Unterdrückungsverhältnis, das in allen Lebensbereichen wirksam ist. Damit wird auch eine Veränderung der Machtverhältnisse angestrebt zugunsten der Selbstbestimmung der Frauen und einer Demokratisierung der Gesellschaft. Aber der Streit um Inhalt und Formen der Emanzipation ist bei weitem nicht ausdiskutiert. Versuche, einen kämpferischen Feminismus zur wohlmeinenden Beliebigkeit zu verharmlosen und seine Inhalte konsumgerecht zu verwischen, sind auf der Tagesordnung.

Unsere Orientierungen

Die Entscheidung einer Frau, eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen zu lassen, kann nur sie selbst treffen. Dieses Entscheidungsrecht in ganz Österreich durchzusetzen, erfordert die Verpflichtung für alle öffentlichen Spitäler, entsprechende Ambulatorien einzurichten und unter Einsatz der medizinisch gefahrlosesten und sanftesten Methoden den Abbruch kostenlos zu gewährleisten. Wir verlangen Sexualaufklärung, kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln und dass der Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafrecht genommen wird.

Damit Frauen nicht weiterhin die alleinige bzw. Hauptverantwortung für Verhütung tragen, müssen einerseits die gesundheitlichen Risiken von Verhütungsmitteln durch gezielte medizinische Forschung gesenkt und andererseits die Entwicklung von Verhütungsmitteln für Männer endlich vorangetrieben werden.

Wir fordern ein gendergerechtes Medizinverständnis und eine medizinische Behandlung in den Gesundheits- und Vorsorgeeinrichtungen und den ärztlichen Praxen, die geschlechtsspezifische Unterschiede und genderaffine

Erika Danneberg

geboren am 9. Jänner 1942 in Wien, Österreich
gestorben am 29. Juni 2007 in Wien, Österreich

Nach ihrer schulischen Ausbildung in Wien absolvierte Erika Danneberg eine Buchhandelslehre und studierte während des Zweiten Weltkrieges zwei Jahre lang Germanistik an der Universität Wien. Nach 1944 bekam sie keine Inskriptionserlaubnis wegen des fehlenden politischen Tätigkeitsnachweises. Nach dem Krieg absolvierte sie ein Psychologiestudium an der Universität Wien, promovierte 1951, unterzog sich später einer eigenen Analyse und arbeitete als Gruppenanalytikerin. Mit Marie Langer verband sie eine tiefe Freundschaft und das gemeinsame Projekt „Salud Mental“ zur medizinischen und psychischen Betreuung der Frauen in Nicaragua. Sie war aktiv in der Wiener Friedensbewegung und in der KPÖ, sie gehörte dem Parteivorstand an. Mehrmals fuhr sie nach Nicaragua, sie veröffentliche über ihre Arbeit dort mehrere Bücher und übersetzte Liebesgedichte von Gioconda Belli.

Erkenntnisse schon in der Ausbildung berücksichtigen. Die Forschung und Herstellung von Medikamenten muss gendergerecht ausgerichtet sein, was sich nicht zuletzt auch in den Beipackzetteln zeigen muss.

Wir wollen die gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen an gesellschaftlichen Entwicklungen. Eine Gesellschaft, in der Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft und anderer – auch unterstellter – Unterscheidungen eingeschränkt, ausgegrenzt und diffamiert werden, kann nur durch umfassende Demokratisierung erreicht werden. Noch lässt uns der tägliche Kampf gegen eine mächtige Bewusstseinsindustrie wenig Raum, um unsere Erfahrungen zu einem umfassenden Bild einer alternativen Gesellschaft weiterzuentwickeln. Eine Chance der Zukunftsgestaltung liegt im Austausch von Erfahrungen und Vorstellungen über mögliche Formen, unser Leben zu gestalten.

Mut zur Utopie heißt, auf unsere eigenen Bedürfnisse zu hören und sie nicht immer und überall reklamierten Sachzwängen unterzuordnen. Mut zur Utopie heißt die Vorwegnahme möglicher Lebensweisen, sei es in theoretischen Diskussionen oder in praktischen Versuchen. Mut zur Utopie heißt, hier und heute Alternativen zu entwickeln und auszuprobieren, Entwürfe zu konzipieren in solidarischer Auseinandersetzung mit allen Menschen, die gesellschaftliche Veränderungen anstreben. Dazu bedarf es auch des gleichberechtigten Zugangs zu Kunst und Kultur, der Förderung zeitgenössischer Kunst von Frauen. Kulturelle Identität heißt, sich als Geschöpf und Schöpferin einer Kultur zu erkennen, erkannt und anerkannt zu werden. Frauen wehren sich gegen die Inbesitznahme und Vermarktung ihrer kulturellen und künstlerischen Äußerungen durch einen machtgesteuerten Kulturbetrieb und Geniekult. Wir treten für die ökonomische und ideelle Absicherung der Kulturschaffenden ein, für eine KünstlerInnen-Sozialversicherung und für finanzielle Absicherung feministischer Kunsträume und ihrer Produktionen.

Unter dem Eindruck der Krisenerschütterungen und angeblich leerer Staatskassen, die für die Schuldendienste geplündert wurden und werden, haben sich unzählige Eigeninitiativen entwickelt – zum Teil aus der Not, zum Teil als politische Antworten zum herrschenden System. Menschen nehmen ihre Überlebensgrundlagen vermehrt selbst in die Hand und entwickeln nicht zuletzt unter dem Eindruck der globalen Finanzkrise, der Umweltzerstörung und des Konsumterrors neue Ideen von gemeinschaftlichem Zusammenleben: Occupy-Bewegungen, Urban Gardening, Tauschzirkel, Crowdfunding, selbstverwaltete Wohnmodelle oder die Rückeroberung des öffentlichen Raums sind ebenso Ansagen gegen das „Versagen der Märkte" wie die „Landnahmen" durch die ländliche Bevölkerung in Ländern des Südens. Sie können Motor für neue Ideen eines gesellschaftlichen Miteinanders sein.

Die Humanisierung der Beziehungen zwischen den Menschen schließt einen neuen, völlig veränderten Umgang mit der Natur ein. Nicht Raubbau, Ausrottung und Dezimierung der Artenvielfalt sowie zweifelhafte Reparaturmethoden, sondern Kenntnisse und Fähigkeiten sind zu erwerben, die den sparsamen Umgang mit Ressourcen ermöglichen und die natürlichen Kreisläufe schützen und bewahren. •

Elfriede Friedländer (Ruth Fischer)

geboren am 11. Dezember 1895 in Leipzig, Deutschland
gestorben am 13. März 1961 in Paris, Frankreich

Eine herausragende und umstrittene Persönlichkeit zu Beginn des österreichischen Kommunismus war die damals 23jährige Elfriede Friedländer. Ihr Mitgliedsausweis trägt die Nummer 1. Als Initiatorin der KPÖ-Frauenpolitik leitete sie die erste kommunistische Frauenzeitung Österreichs, „Die revolutionäre Proletarierin". In einer 1920 erschienenen Broschüre „Sexualethik des Kommunismus" erörtert sie Fragen wie Homosexualität, Polygamie und Promiskuität, in der Arbeiterbewegung nach wie vor tabuisierte Themen. 1924 war sie Reichstagsabgeordnete der KPD. Wegen „ultralinker Abweichungen" geriet sie in die Kritik der Moskauer Parteiführung unter Stalin, sie wurde 1936 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nach 1955 lebte sie als politische Publizistin in Paris.

5. Frauenkampf im Spannungsfeld politischer Interessen

Die Frauenbewegung hat das Leben von Frauen und Männern verändert. Die Entschiedenheit, mit der Frauen antraten, für ihre Rechte zu kämpfen, setzte alle politischen Strömungen unter Zugzwang, ihr Verhältnis zur sogenannten Frauenfrage neu zu bestimmen. Viele Errungenschaften in der Familienpolitik und in der sozialen Situation von Frauen konnten durchgesetzt werden. Nachfolgende Generationen hatten und haben deshalb andere Lebensvorstellungen als ihre Elterngeneration und andere Realitäten, in denen sie ihre Entwürfe verfolgen. Gleichzeitig sind Errungenschaften aber auch immer wieder bedroht. Aktuell werden unter neoliberalen Vorzeichen Möglichkeiten für Frauen rückgängig gemacht, üben sogenannte Väterrechtler Druck auf die Familiengesetzgebung aus, wird das Frauenressort in der Regierung weiter abgewertet, statt zu einem Frauenministerium ausgebaut zu werden und werden Frauenprojekte ausgehungert. Während des Aufschwungs der Frauenbewegung konnten wichtige Reformen – z.B. die Fristenlösung, Änderungen im Familienrecht, vor allem aber gesetzliche Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen – durchgesetzt werden. Dennoch ist die Ausfinanzierung des Gewaltschutzes noch immer nicht gegeben. Eine Reihe von Frauenhäusern in Österreich ist von schmerzhaften Kürzungen bedroht, es fehlen in vielen Gebieten ausreichend Plätze. Frauenberatungseinrichtungen fehlen vor allem im ländlichen Raum. Bereits für selbstverständlich gehaltene Rechte werden unter den herrschenden neoliberalen und konservativen gesellschaftlichen Bedingungen aber nicht nur in Frage gestellt, sondern aktiv angegriffen und schrittweise demontiert.

Die Diskussion um Quotierungen

Da trotz formaler Gleichberechtigung Frauen in vielen gesellschaftlichen Feldern unterrepräsentiert waren und sind, erhoben Frauenbewegungen die Forderung nach Quotierungen in verschiedenen Formen. Frauen haben sich an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aktiv beteiligt, frauenspezifische Blickwinkel eingebracht und eigene Formen der politischen Aktion entwickelt. Bewegungen zu anderen gesellschaftlichen Fragestellungen, wie z.B. die ökologische und Friedensbewegung, hätten ohne die starke Beteiligung von Frauen nicht jene Bedeutung erlangen können, die zumindest einzelne Veränderungen ermöglichte. Aber auch Wissenschaft und Forschung wurden zunehmend ein Feld kritischer feministischer Konfrontation. Ohne Frauenbewegung wäre der Bereich Gen- und Reproduktionstechnologie nicht so schnell und in dieser Schärfe gesellschaftspolitisch-kritisch zum Thema geworden.

Die Politik in Österreich blieb Männerdomäne: im österreichischen Nationalrat z.B. ist der Anteil weiblicher Abgeordneter meist unter einem Drittel. Sogar noch geringer sind Frauen in den kommunalen und regionalen Parlamenten vertreten. In ganz Österreich gibt es nur eine verschwindende Anzahl weiblicher Bürgermeister. Frauen stellen zwar im Land die Mehrheit der Bevölkerung, ihre Lebenszusammenhänge und Anliegen sind aber in den etablierten

Lina Loos

geboren am 9. Oktober 1882 in Wien, Österreich
gestorben am 6. Juni 1950 in Wien, Österreich

Lina Loos gehörte zur Wiener Kunst- und „Kaffeehausliteratenszene". Peter Altenberg, Egon Friedell, Arthur Schnitzler, Oskar Kokoschka waren einige ihrer Verehrer. Am Peter-Altenberg-Stammtisch begegnete sie dem Architekten Adolf Loos. Seinen spontanen Heiratsantrag nahm die Zwanzigjährige sofort an. Die Ehe mit dem um zwölf Jahre älteren Mann hielt nur drei Jahre. Lina war viel zu kreativ und selbstständig, um ein Leben als Muse zu führen. Als 1938 in Wien die Synagogen brannten, rief sie an den Tatorten zur johlenden Menge: „Ich bin Zeugin! Ich bin Zeugin!" Nach 1945 engagierte sich die erklärte Christin und Pazifistin in der KPÖ-nahen Frauen- und Friedensbewegung, wurde Vizepräsidentin des Bundes Demokratischer Frauen, Mitglied des Österreichischen Friedensrates und schrieb für die „Stimme der Frau".

politischen Gremien ein Minderheitenprogramm. Frauen engagieren sich auf vielfältige Weise, sind aber in den Gremien nicht vertreten, das zeigt, dass gegen sie besondere Ausschlussmechanismen wirken. Deshalb treten KommunistInnen für eine Quote bei allen KandidatInnenlisten für politische Vertretungen ein und setzen dieses Prinzip auf ihren eigenen Listen auch um. Auch im wirtschaftlichen Bereich, z.B. für Aufsichtsräte, ist dies durchzusetzen und Aufgabe der Politik, entsprechend einzugreifen, indem zum Beispiel öffentliche Förderungen an entsprechende Quoten gebunden werden. Deshalb muss auch endlich ein Frauenministerium eingerichtet werden, das ausschließlich für Frauenpolitik zuständig ist. Innerhalb der KPÖ ist eine 50-Prozent-Quotierung für alle Gremien und Ebenen klare Zielvorgabe. Die Debatte um Quotierungen wird inzwischen zwar auch unter Frauen kritisch geführt. Für uns bleiben Frauenquoten aber ein wichtiges Instrument und öffnen unter anderem die Augen für Ungerechtigkeiten der geschlechtlichen Arbeitsteilung.

Das Selbstverständnis der KPÖ

Wir kämpfen für die Verbesserung unserer Lebensrealitäten in der aktuellen Situation im Neoliberalismus und formulieren unsere Vorstellungen und Forderungen für eine andere Gesellschaft, in der Kapitalismus und Patriarchat überwunden werden. In diesen Auseinandersetzungen geht es uns also auch darum, die Grenzen des kapitalistischen Systems sichtbar zu machen.

Diese zeigen sich in den Fragen:

- Wie sind der gesellschaftliche Reichtum, das Eigentum und die Arbeit verteilt?
- Wer bestimmt über die Nutzung der Arbeitskraft, die Zeit und über den Inhalt der Arbeit?
- Wer verfügt über die natürlichen Ressourcen?

An diesen Grundfragen, zu denen es kaum demokratische Mitbestimmung und Mitentscheidung gibt, wird deutlich, dass patriarchale Kultur- und Herrschaftsformen mit dem kapitalistischen System untrennbar verbunden sind. Der Kampf für Frauenrechte und für eine andere Gesellschaft braucht eigene Räume, Ressourcen und finanzielle Mittel. Wir Kommunistinnen arbeiten mit anderen Organisationen, in Bewegungen und Initiativen, suchen den Erfahrungsaustausch unter Frauen und die Zusammenarbeit, knüpfen mit an neuen und alten Netzen.

Die autonome Frauenbewegung und feministische Diskurse und Theorien veranlassten KommunistInnen zu einer kritischen Überprüfung des eigenen Selbstverständnisses. In Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Ansprüchen autonomer Frauengruppen entwickelte sich ein Lernprozess, der Oberflächlichkeiten und Einseitigkeiten bisheriger Theorie und Praxis bewusst machte.

In Aufarbeitung marxistischer Erkenntnisse wurde deutlich, dass frauenpolitische Ansätze und revolutionäre Inhalte über Jahrzehnte in der Kommunistischen Partei verschüttet waren. Die traditionelle Vorstellung von Gleichberechtigung in einem System der Unterdrückung übersah, dass patriarchale Strukturen Männer privilegiert, aber auch deformiert hatten. Die Entfremdung manifestiert sich nicht nur im ökonomischen Ausbeutungsverhältnis, sondern auch in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern.

Malke Schorr

geboren 1885
gestorben am 27. Dezember 1961 in Wien, Österreich

Bereits vor dem 1. Weltkrieg gewerkschaftliche Aktivistin, schloss sie sich nach 1914 linken Gruppen an, die gegen den Krieg kämpften. 1918 war sie an der Organisierung des Jännerstreiks in Österreich beteiligt. Verhaftet und aus Wien verwiesen, organisierte sie Hilfe für die verhafteten Streikführer. In der KPÖ übernahm Malke Schorr die Leitung der Frauenarbeit, ihre Erfahrungen mit der Solidaritätsarbeit machten sie zur Mitbegründerin der Internationalen Roten Hilfe. Mit ihrem Namen sind Solidaritätskampagnen verbunden, so für die Anarchisten Sacco und Vanzetti, die in den USA hingerichtet wurden, und für Ernst Thälmann, der als KPD-Vorsitzender gegen Ende des Krieges von den Nazis ermordet wurde. Den 2. Weltkrieg überlebte Malke Schorr in Moskau. Nach der Befreiung Wiens übernahm sie den Pressedienst der KPÖ.

Diese tiefgreifenden Widersprüche kann der Klassenbegriff allein nicht erfassen. So blieb auch das Thema Hausarbeit in der marxistischen Gesellschaftskritik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend ausgeblendet. Aber Bereiche, in die Kritik nicht vordringt, werden auch der Veränderung entzogen. Daher beziehen wir heute die Kategorie „Geschlecht" als soziales Strukturmerkmal in unsere marxistischen Analysen und Theorien ein.

Diese Diskussion über strukturelle Privilegien und Diskriminierung unter dem Einfluss globaler feministischer Theorien hat in der Folge die Analyse in vielen marxistischen und kommunistischen Parteien und Bewegungen radikal verändert. Nicht nur ‚Klasse' und ‚Geschlecht' (in der englischsprachigen Diskussion „Class" und „Gender"), sondern als dritte Kategorie gesellschaftlicher Unterdrückung ‚Race' spielten eine zentrale Rolle bei der Erneuerung des Kommunismus gegen Ende des 20. Jahrhunderts.

Marxismus – Feminismus

Der Marxismus als radikale Theorie und Praxis will alle gesellschaftlichen Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein ausgebeutetes, verächtliches, verlassenes Wesen ist. Da Menschen ihre Geschichte selbst machen, zwar nicht unter selbstgewählten, sondern unter vorgefundenen und überlieferten Umständen, müssen Frauen zu politisch Handelnden werden. Denn wenn wir uns nicht selbst befreien, gewinnen wir auch keine Freiheit und kein selbstbestimmtes Leben. Dazu müssen wir herausfinden, wie es eigentlich dazu kommt, dass sich Frauen nicht gegen unterdrückerische Strukturen wehren, wieso sie diesen vielmehr zustimmen, in sie einwilligen und dadurch ihre eigene Unterdrückung (mit)produzieren. So wenig wie KommunistInnen heute denken, dass durch simple gewaltvolle Übernahme der Staatsmacht revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft erreicht werden können, bedeutet Feminismus, dass Frauen die Macht übernehmen sollen, um das Herrschaftssystem umzukehren. Wenn Kommunismus die Bewegung ist, die alle gesellschaftlichen AkteurInnen auffordert, mit ihren eigenen Erfahrungen im Bereich von Herrschaft und Ausbeutung in einen gemeinsamen Befreiungsprozess einzutreten, steht Feminismus für die Bewegung, die alle Machtansprüche eines Geschlechtes über das andere zerstört, was die menschheitsgeschichtliche Grundlage aller Mächte ist. Beide Bewegungen verschreiben sich einem revolutionären Prozess, der sich nicht darin zeigt, die Unterwerfungsstrukturen zu reproduzieren oder zu verbessern, sondern zu überwinden.

Die feministischen Bewegungen haben den Blick für die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit geöffnet, indem sie das Thema Haus- und Reproduktionsarbeit, Familien- und Sorgearbeit in die Diskussion gebracht haben. Aber bis heute scheint es schwierig zu sein, zu begreifen, dass es Arbeit gibt, die die Hälfte aller gesellschaftlichen Arbeiten ausmacht, die von mehr als der Hälfte der Bevölkerung erbracht wird und dennoch unberücksichtigt bleibt.

Nicht zuletzt die Debatten um den Arbeitsbegriff haben dazu geführt, Herrschaft nicht mehr einfach als von oben kommend zu denken, sondern als System der mehrfachen, netzförmigen Verknüpfungen und damit auch Kapitalismus und Patriarchat als verschränkte gesellschaftliche Voraussetzungen zu verstehen. Sie haben dem Denken über Herrschaft

Wangari Maathai

geboren am 1. April 1940 in Tetu, Kenia
gestorben am 25. September 2011 in Nairobi, Kenia

Wangari Muta Maathai fiel mit ihrem Wissensdurst und ihrer Begabung den Missionsschwestern auf und erwarb eine gute Schulbildung an einer Klosterschule. Später studierte sie mit Hilfe eines Stipendiums in den USA und in Deutschland, dissertierte als erste kenianische Frau an der Universität von Nairobi. In den 1970er Jahren baute sie ein Aufforstungsprojekt auf, das inzwischen in 13 afrikanischen Ländern aktiv ist. Neben dem Umweltschutz waren der Mutter dreier Kinder die Frauenrechte ein großes Anliegen, u.a. war sie Mitglied des Nationalen Frauenrates in Kenia, zeitweise seine Präsidentin. Nach ihrer Gefangenschaft und den Misshandlungen unter der Regierung Daniel arap Moi wurde sie 2002 als erste grüne Politikerin Afrikas Umweltministerin. 2004 erhielt sie den Friedensnobelpreis.

neue Impulse gegeben. Gelingt es Frauen, sich am Erwerbsarbeitsmarkt durchzusetzen und Arbeitsplätze einzunehmen, die bisher ausschließlich oder weitgehend von Männern besetzt waren, hat das seinen Preis: der Konkurrenzdruck verschärft sich weiter, vor allem aber fehlen die Frauen dort, wo sie bisher engagiert waren: in den Familien, bei ehrenamtlichen Aktivitäten, im nachbarlichen Umfeld. Deshalb ist auch gerade in Zeiten der zunehmenden neoliberalen Verwerfungen der Ruf, an den Herd der Familie zurückzukehren – zumindest teilzeitig –, lauter zu hören.

Alles, was nicht beschleunigbar, automatisierbar, rationalisierbar ist und dadurch dem Markt unterworfen werden kann oder einfach nicht genug Profit abwirft, muss außerhalb der Märkte, privat erledigt werden, oder es bleibt unerledigt. Diese Tätigkeiten werden ausgeblendet und dorthin abgegeben, wo die Märkte und die Marktgesetze (noch) nicht hinreichen. Frauen und MigrantInnen sind die Subjekte dieser Tätigkeiten.

Die industrielle Entwicklung hat die notwendige Arbeitszeit derart reduziert, dass die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit so radikal gekürzt und auch nicht profitable Arbeit gerecht aufgeteilt werden kann, dass für alle Menschen mehr Zeit und Möglichkeit für Selbsterfahrung und dafür bleibt, wissensmäßige, kulturelle und emotionale Entfaltung zu erfahren. Zynisch gesagt wurde die Arbeitszeit ja auch drastisch reduziert, aber dies führte zu Massenarbeitslosigkeit und dem „Abhängen" ganzer Ökonomien im Süden. Kapitalistisch organisiert, führt die Ökonomie der Zeit zur Vertiefung der Spaltung in der Gesellschaft und nicht zu mehr Zeit für menschliche Entwicklung.

Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse

Produktionsverhältnisse geben Auskunft darüber, wie die Menschen ihr Leben produzieren und organisieren. Menschen produzieren ihr Leben auf doppelte Weise, sie produzieren ihr eigenes Leben und fremdes Leben: das Fremde in der Fortpflanzung, das Eigene, indem sie sich als Menschen in diesem Prozess entwickeln und reproduzieren, auch mittels der Produktion von Lebensmitteln und Waren. Wir haben also von Anfang an zwei Weisen der Produktion, aus der einen kommen die Menschen und aus der anderen die Lebensmittel und Güter, die die Menschen brauchen. Die Geschichte der Menschheit muss daher in zwei Richtungen bearbeitet werden: als Geschichte der Industrie, des Austausches der Arbeit und ihrer Produkte und als Geschichte der Fortpflanzung und Reproduktion der Generationen. Beides muss zusammen studiert werden. Erst die Untersuchung der Familien- und Bevölkerungspolitik eröffnet den Blick auf die Konstruktionen dessen, was als natürlich gilt, was Geschlechter sein sollen. Dieser Blick erst lässt verstehen, wie diese Konstruktionen auf den Ebenen von Moral, Ideologie und Symbolen abgestützt, gesichert und organisiert werden und macht die patriarchalen Strukturen sichtbar.

Konservatives Dilemma Familie

Vor allem für die „Neue Frauenbewegung" war die Familie der Ort, an dem Buben und Mädchen sehr unterschiedlich sozialisiert werden. Mädchen werden darauf vorbereitet, in die prinzipielle Arbeitsteilung „Haus-

Mathilde Auferbauer

geboren am 15. Februar 1908 in St. Peter-Freienstein, Steiermark, Österreich
gestorben 1992 in der Steiermark, Österreich

Mathilde Auferbauer war von Beruf Kindergärtnerin und in der österreichischen Widerstandsbewegung aktiv. Während des Krieges zählte sie zu den aktivsten Frauen im Kreis der Leobener Widerstandsgruppe: Sie beteiligte sich an der Bildung einer antifaschistischen Organisation, half bei der Herstellung und Verbreitung von Propagandamaterial und stellte ihre Wohnung als Treffpunkt für Besprechungen und Unterschlupf für flüchtige Kriegsgefangene zur Verfügung. 1944 wurde sie verhaftet und in Graz von der Gestapo schwer gefoltert, aber sie verriet niemanden. Sie wurde unter falschem Namen und mit gebrochenem Rücken aus dem KZ Ravensbrück geschmuggelt. Ihre Erwerbsminderungseinstufung wurde von 75 auf 50 Prozent herabgesetzt, ihrem gerichtlichen Einspruch wurde nicht stattgegeben.

frau“ und „Erwerbsmann“ einzuwilligen, ihren Körper entsprechend zuzurichten, ihre Sinne verkümmern und den Geist einrosten zu lassen, statt sich selbst zu entfalten. Familie galt ihr als Inbegriff weiblicher Unterdrückung und Fortschreibung von Herrschaft von Generation zu Generation. Die Befreiung der Frauen war ohne Befreiung von der Familie nicht denkbar, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen, mussten sie den Ort der Familie verlassen. Teile der Frauenbewegung wollten daher „Familie“ als Unterdrückungsstruktur abschaffen. Der Neoliberalismus tut es heute unter ganz anderen Vorzeichen. Im Grunde gibt es die traditionelle Familie – Mann-Frau-Kind(er) – immer weniger. Dennoch orientieren sich Sozialversicherungen, Lohn- und Gehaltshöhen oder Arbeitszeitgestaltungen zum Teil noch immer am männlichen Familienernährer-Modell. Es gibt hohe Scheidungsraten, die weiter wachsen, sodass man von LebensabschnittspartnerInnen spricht. Es gibt eine wachsende Zahl alleinerziehender Eltern, zumeist Frauen.

Die wichtigste Grundlage für die bürgerliche Familie, das Modell des männlichen Ernährers, der (arbeits-)lebenslang für die materielle Ausstattung sorgt, ist ausgehöhlt. Frauen haben ihren prekären, aber nicht mehr tilgbaren Platz auf dem Arbeitsmarkt. Es gibt ein neues Verhältnis von Arbeit und Zuhause, neue Ansprüche an Beziehungen und Sexualität. Die Familie ist in einer tiefen Krise, die von den kapitalistischen Verhältnissen ausgeht. Konservative wollen sie retten, ohne aber an den Ursachen der Zerrüttung zu rühren. Wenn Familienmitglieder rastlos über den Globus wandern, um Erwerbsarbeit zu bekommen, wenn äußerste Flexibilität verlangt wird und dauerhafte Sesshaftigkeit oft mit Armut und Ausgrenzung bestraft wird, bleibt kein Raum für die Pflege eines traditionellen Familienlebens. Im Gegenteil: Im „Jeder gegen Jeden“ und beim Abbau des Sozialstaates und sozialer Sicherheit scheint Familie – im erweiterten Sinn – ein Stützpunkt möglichen Widerstands zu werden. Gemäßigtere Neoliberale scheinen besorgt und machen Vorschläge wie Generationen- und Elternschaftsverträge, wollen flexible Scheidungsgesetze, die Gleichstellung homosexueller und lesbischer Paare. Auch sie sollen selbstverständlich und ohne Einschränkungen Kinder groß ziehen können. Für Mütter soll es einfacher werden, berufstätig zu sein. Vätern soll der Zugang und Umgang mit den Kindern erleichtert werden. Jede und Jeder soll ohne staatliche Einmischung leben, wie er oder sie will, aber in Eigenverantwortung und möglichst ohne soziale Ansprüche an die Gesellschaft. Zumindest einige sozialdemokratische Neoliberale sind sich dessen bewusst, dass die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse mit der Aufkündigung der sozialstaatlichen Kompromisse nicht reibungslos funktionieren und gefährliche Klippen haben.

Auch die feministische Theorie und Strategie ist neu gefordert. Denn nicht alles, was von neoliberaler Seite kommt, ist einfach abzuschmettern. Fatal war zum Beispiel die Debatte zur Einführung des Kinderbetreuungsgeldes in Österreich. Die Sozialdemokratie und viele Gewerkschaftsfrauen zogen sich auf die Verteidigung des Karenzgeldmodelles zurück und lehnten jede Alternative ab. Sie argumentierten damit, dass „Unternehmerfrauen“ keine Leistungen aus Töpfen der unselbständig

Die Tragende

Cilli Muchitsch

geboren 1923 in Eisenerz, Steiermark, Österreich
gestorben am 19. Mai 1997

Die Kommunistin Cäcilia Muchitsch unterstützte den aktiven Widerstand der obersteirischen Partisanen. Sie wurde 1944 ins KZ Ravensbrück eingeliefert und dem KZ Magdeburg überstellt, wo sie die Befreiung erlebte. Cilli Muchitsch gehörte zu den Aktivistinnen der nach 1945 entstandenen Lagergemeinschaft der Ravensbrückerinnen. Sie fertigte aus Gips „Die Tragende“ für die Lagergemeinschaft an (eine Frau trägt eine andere Frau), die Nachbildung einer Plastik des Bildhauers Will Lammert, die von Fritz Cremer vollendet und in der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Ravensbrück aufgestellt wurde. Nach dem Tod fast aller ehemaligen Häftlinge übergab Cilli Muchitschs ehemalige Mitgefangene Käthe Sasso die Plastik dem KZ-Verband Steiermark mit der Auflage, sie an einem öffentlichen Ort aufzustellen. Die Skulptur wurde 2011 dem Denkmal für die ermordeten ungarischen Juden auf dem Präbichl beigefügt.

Beschäftigten beziehen sollten. Frauen, die in diesem Modell aber auch keinen Anspruch hatten, Studierende, Bäuerinnen und (Schein-) Selbständige, wurde keine Alternative angeboten und sie so den Neoliberalen, Rechten und Familiendemagogen überlassen. Schon damals wäre die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen mit jener um ein neues Arbeitsverständnis zu verknüpfen gewesen. Soziale, politische und Arbeitsfragen können nicht voneinander getrennt diskutiert werden. Ebenso wenig Individuum und Gesellschaft. Der Individualisierung von Problemen wie es die Neoliberalen tun, ist die gesellschaftliche Verantwortung entgegen zu stellen. Wir sind gefordert zu debattieren, wie wir uns als Menschen denken und wohin wir uns entwickeln wollen. Wir müssen Formen eines neuen Zusammenlebens hier und heute entwerfen, Solidarität neu erfinden. Die feministischen Bewegungen brauchen eine neue Vision von solidarischem Arbeiten und Leben und sie brauchen kleine Schritte von ebensolchen Praxen.

Unsere Orientierungen

Die marxistische Emanzipationstheorie erfasst nicht nur die Gleichstellung und Emanzipation der Geschlechter, sondern strebt die Veränderung einer strukturell patriarchalen Welt und ihrer Wertvorstellungen an. Diese Perspektive verlangt die Abschaffung der systematischen Unterdrückung der Frau und die Beseitigung der männlichen Privilegien. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der Produktion und im Bereich der Reproduktion. Dabei ist die Frage des Eigentums in Verbindung mit Demokratie eine Schlüsselfrage. Gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln bedeutet nicht, dass alle Gegensätze zwischen den Geschlechtern gelöst sind. Es ist aber Voraussetzung dafür, dass das ökonomische Interesse des Kapitals an der Minderbewertung der weiblichen Arbeitskraft entfällt und so die bewusste Gestaltung menschlicher Beziehungen in den Vordergrund treten kann. Diese Orientierung erfordert Alternativen, die nicht einseitig eine Vereinbarkeit von Beruf und Beziehungsarbeit/Haushalt für Frauen anstreben, sondern für beide Geschlechter ermöglichen. Dazu sind gesellschaftliche Maßnahmen notwendig, die die Produktion und den privaten Bereich grundlegend umgestalten, beide Bereiche umfassend demokratisieren. Die Forderung nach Quotierung ist eine Voraussetzung für umfassende strukturelle Änderungen von Produktion, Reproduktion und politischer Kultur. Wenn das Geschlechterverhältnis auf allen gesellschaftlichen Ebenen – in der Erwerbsarbeit, in der Familie, im Alltag und in der Politik – im emanzipatorischen Sinne verändert wird, hat dies Umwälzungen auch in anderen Bereichen zur Folge.

So wollen wir Politik machen

In unseren Statuten verankert ist der Anspruch, dass in allen Leitungen und Arbeitsgremien der KPÖ der Frauenanteil 50 Prozent betragen soll. Ebenso ist die regelmäßige Überprüfung dieses Beschlusses sowie der Bedingungen, ihn in allen Parteistrukturen zu verwirklichen, verankert. Denn auch in der KPÖ gibt es sexistisches Verhalten von Genossen und Genossinnen,

Eugenie Kain

geboren am 1. April 1960 in Linz, Oberösterreich, Österreich
gestorben am 8. Jänner 2010 in Linz, Österreich

Eugenie Kain arbeitete nach dem Studium der Theaterwissenschaft als Journalistin für die Tageszeitung „Volksstimme". Nach der Geburt ihrer Tochter Katharina 1991 war sie freischaffende Autorin, Journalistin und Beraterin im Sozialbereich. Sie schrieb im Zeitungsprojekt „hillinger", arbeitete an der Konzeption der Linzer Straßenzeitung „Kupfermuckn" mit, beteiligte sich mit Beiträgen auf Radio FRO, für das Magazin „Versorgerin" und die KUPF-Nachrichten der Kulturplattform Oberösterreich. 2003 leitete Eugenie Kain eine Schreibwerkstatt für BewohnerInnen der vom Hochwasser betroffenen Gemeinde Mitterkirchen und 2005 eine Schreibwerkstatt für Obdachlose. Als Vorsitzende der Grazer Autorenversammlung/Oö. definierte sie die „seismographische Funktion der Literatur, die Aufgabe, gesellschaftliche Veränderungen zu erspüren" und wünschte sich als aktives KPÖ-Mitglied, dass „auch gesellschaftliche ‚Ränder' etwas Selbstverständliches sind", ohne Zuordnungen wie „sozial Benachteiligte".

sind traditionelles Denken und auch Formen von Gewalt in den Beziehungen zwischen Frauen und Männern nicht überwunden. Es gibt keinen Automatismus von dem programmatisch erhobenen Anspruch auf Emanzipation hin zu einem entsprechenden Handeln im Alltag. Das veränderte Selbstverständnis von Frauen lässt Männer nicht unberührt, verlangt von ihnen Reflexion und Konsequenzen für ihr Selbstbild und ihr Handeln. Die bewusst geführte Auseinandersetzung zu diesen Fragen benötigt eine politische Kultur des produktiven Meinungsstreits.

Frauen stärken Frauen

Frauensolidarität ist Teil des Selbstverständnisses der KPÖ. Sich positiv aufeinander zu beziehen und einander anzuerkennen, ist unser Anspruch.
Wir brauchen eine entsprechende Bildungsoffensive in der gesamten Partei.
Wir verbinden die persönliche Betroffenheit und unser politisches Handeln mit dem Interesse, die Gesellschaft zu analysieren und zu verändern.
In der KPÖ sind Erfahrungen unterschiedlicher Generationen, von Frauen und Männern in verschiedenen Lebenszusammenhängen, Berufen und familiären Situationen aufgehoben und werden auf Augenhöhe ausgetauscht und beachtet.
In den verschiedenen Abschnitten der Geschichte – von der Gründung der KPÖ vor fast 100 Jahren, über den antifaschistischen Widerstand, die Auseinandersetzungen im Kalten Krieg bis zum Ringen um eine kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte und dem Bruch mit stalinistischen Aspekten der Parteigeschichte und Kultur – hatten Genossinnen wichtigen Anteil.
In der KPÖ versuchen wir, uns eine ganzheitliche Sichtweise auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erarbeiten und in unserer gemeinsamen politischen Praxis zur grundlegenden Transformation der Gesellschaft beizutragen.
Auch wenn heute viele Frauen mehr zu verlieren haben, als nur ihre Ketten, haben wir noch immer gemeinsam eine ganze Welt zu gewinnen, in der Jede und Jeder nach ihren und seinen Fähigkeiten beiträgt und Alle nach ihren Bedürfnissen teilhaben. •

Olympe de Gouges

geboren am 7. Mai 1748 in Montauban, Frankreich
gestorben am 3. November 1793 in Paris, Frankreich

„Sie wissen es, Monsieur, Politik und Philosophie gehören nicht zu den Fächern, deren Bearbeitung den Frauen ansteht. Nun, ich habe mir Mühe gegeben, in dem einen wie dem anderen erfolgreich zu sein", schrieb Olympe de Gouges 1789 in einem Brief an Poncet-Delpech. 1791 verfasste sie die Déclaration des droits de la Femme et de la Citoyenne (Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin), die als Protest gegen die Männer-Privilegien, die in Verfassungsrang erhoben waren, zu begreifen ist. Ihre feministisch-revolutionäre „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin" war noch im Druck, als die männlich geprägte bürgerliche Verfassung bereits angenommen und Frankreich eine konstitutionelle Monarchie geworden war. 1793, zur Zeit der Terrorherrschaft Robespierres, wurde sie verhaftet, als Royalistin angeklagt, am 3. November 1793 wurde das Todesurteil durch die Guillotine vollstreckt.

Impressum

Text- und Bildkoordination:
Heidemarie Ambrosch, Claudia Krieglsteiner, Bärbel Mende-Danneberg , Cornelia Renoldner
Lektorat:
Claudia Krieglsteiner, Bärbel Mende-Danneberg, Cornelia Renoldner
Grafikdesign und Layout:
Anja Danneberg
Illustrationen und künstlerische Gestaltung:
Tatjana Danneberg
Medieninhaberin:
Kommunistische Partei Österreich
Drechslergasse 42, A-1140 Wien, Erscheinungsort Wien, Dezember 2014
Alle Rechte vorbehalten
www.kpoe.at
www.frauen.kpoe.at

1.
Frauen in aller Welt

2.
Arbeit und Bildung im 21. Jahrhundert

3.
Vom sozialen Risiko, Frau zu sein

4.
Für eine neue Kultur des Zusammenlebens

5.
Frauenkampf im Spannungsfeld politischer Interessen